

87. Sitzung

am Freitag, dem 19. April 2002, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6256	Ministerpräsident Dr. Stoiber	6256, 6290
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Alfons Zeller	6256	Maget (SPD)	6268, 6273
Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsi- denten zum Thema „ Bayern – innovativ – sozial – erfolgreich “		Dr. Wiesheu (CSU)	6272, 6273
		Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6276
		Glück (CSU)	6283
		Schluss der Sitzung	6292

(Beginn: 9.05 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 87. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahme-genehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und die anschließende Aussprache dazu unmittelbar.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einen Glückwunsch aussprechen. Herr Kollege Alfons Zeller feiert heute seinen Geburtstag. Ich gratuliere dem Kollegen im Namen des Hohen Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihm für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg bei der Erfüllung seiner parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Nun treten wir in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 7

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema: „Bayern – innovativ – sozial – erfolgreich“

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Wie war das Thema?)

– Einrichtungen für Schwerhörige haben wir leider noch nicht eingebaut, Herr Dr. Gantzer!

(Ach (CSU): Zweckmäßig wären sie aber! – Maget (SPD): Könnte man vielleicht für Gehörlose Dolmetschen?)

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Extreme Entwicklungen und dramatische Ereignisse haben uns seit dem Beginn der Legislaturperiode im Jahr 1998 in Atem gehalten. Wie in einem Wechselbad haben wir den Boom der New Economy und ihren schmerzhaften Konsolidierungsprozess, den schier unglaublichen Höhenflug der Aktienkurse und ihren tiefen Absturz, eine zunehmend vorlaute Spaßgesellschaft und die größten Verbraucherängste seit Jahrzehnten durch BSE sowie eine Aufbruchstimmung und Hoffnung auf eine bessere Zukunft ohne Krieg und Gewalt und ihr jähes Ende durch die Terroranschläge am 11. September letzten Jahres erlebt. Die Welt hat sich seit Zusammentritt dieses Landtags im Jahr 1998 verändert. Das politische und das wirtschaftliche Umfeld ist auch für Bayern schwieriger geworden. Aber wir haben diese Veränderungen bewältigt. Wir sind gut gerüstet für die Zukunft.

Bayern hat eine „ausgesprochen gute Performance“, eine gute und große wirtschaftliche Dynamik und gesellschaftliche Stabilität. Es gibt kein Land in Deutschland,

das größere Aktivitäten entfaltet für Wirtschaftswachstum, für Arbeitsplätze, für die innere Sicherheit und damit für die Verbesserung der Lebensverhältnisse seiner Bürger. Meine Damen und Herren, das ist kein Zitat aus einer Broschüre der Staatsregierung. Das sind wissenschaftlich untermauerte Feststellungen aus der Bertelsmann-Ländervergleichsstudie des letzten Jahres.

(Beifall bei der CSU)

Die Ankündigungen im Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 1998 bis 2003 sind nahezu vollständig umgesetzt. Wir haben unsere Ziele erreicht: Ein modernes Bayern, das die Herausforderungen von Globalisierung und Internationalisierung bestehen kann, ein solidarisches Bayern, das die gesellschaftlichen Veränderungen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts bewältigen wird.

Unser Land ist erfolgreich: Das bayerische Wirtschaftswachstum der letzten zehn Jahre ist das höchste aller Länder. Selbst im vergangenen Jahr, im schwierigen Jahr 2001, haben wir uns gut behauptet. Wir hatten im vergangenen Jahr die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. 46% aller neuen Arbeitsplätze in Westdeutschland wurden im vergangenen Jahr alleine in Bayern geschaffen.

(Beifall bei der CSU)

Mit 11,3% hatte Bayern im vergangenen Jahr die höchste Selbständigenquote aller deutschen Flächenländer. Für jeden ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen steht ein Ausbildungsplatz bereit. Dieses Ziel haben wir mit den Partnern im Beschäftigungspakt erreicht. Ich danke im Besonderen dem Mittelstand für seine große Ausbildungsleistung. Das ist eine gute Investition in die Zukunft.

Meine Damen, meine Herren, ich glaube mit großer Überzeugung sagen zu können: Bayern ist innovativ und attraktiv. Ob Informations- und Kommunikationstechnologie, ob Biotechnologie, Neue Werkstoffe, Medizintechnik, Umwelttechnik – Bayern ist ein anerkannt starker Standort in Deutschland, in Europa und auch weltweit.

Forschung und Entwicklung werden groß geschrieben, zum Beispiel mit der Förderung des Forschungsnetzes Nordbayern, der Bio-Regio Regensburg und dem zukünftigen Zentrum für experimentelle Biomedizin in Würzburg.

Mit dem Umweltpakt setzen wir auf Kooperation statt auf Bürokratie. Über 1300 Unternehmen hatten sich am ersten Umweltpakt beteiligt. Dem zweiten Umweltpakt haben sich bis heute bereits rund 2800 Unternehmen angeschlossen.

Das bundesweit einmalige Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe Straubing vernetzt Forschung, technologische Entwicklung, Beratung und Förderung in diesem so bedeutsamen Bereich.

Attraktiv ist Bayern für internationale Hightech-Firmen. Über 1000 davon haben sich bei uns angesiedelt. Attraktiv

tiv ist es auch für Existenzgründer: 30 % aller deutschen Internetgründungen sitzen in Bayern.

Wir freuen uns, dass München und Nürnberg Austragungsorte für die Fußballweltmeisterschaft 2006 sind.

(Beifall bei der CSU)

München wird zudem Standort des Medienzentrums für die Weltmeisterschaft – ein großes Anliegen von uns allen! –, weil Bayern einer der attraktivsten Medienstandorte weltweit ist.

(Beifall bei der CSU)

Das ist auch das Ergebnis der konsequenten Politik der Staatsregierung. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben zur Entwicklung des Medienstandorts Bayern bisher nichts Wesentliches beigetragen.

(Beifall bei der CSU)

Sie versuchen vergeblich, aus Wahlkampfgründen – das sage ich Ihnen heute schon voraus –, den Medienstandort Bayern herunterzureden. Das wird Ihnen nicht gelingen!

Meine Damen, meine Herren, unsere Politik ist auch solide. Der bundesweit höchsten Investitionsquote steht die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber. Ab dem Haushalt 2006 wollen wir ohne neue Schulden auskommen. Die Staatsregierung betreibt solide Haushaltspolitik. Die Bundesregierung hat nur mit üblen Pressionen den blauen Brief aus Brüssel für ihren finanzpolitischen Scherbenhaufen verhindert.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben über die Klage beim Bundesverfassungsgericht und mit politischen Verhandlungen auf der Grundlage des Urteils des Verfassungsgerichts einen neuen Länderfinanzausgleich in großer Einmütigkeit erreicht. SPD und GRÜNE haben uns hier bei der Wahrnehmung bayerischer Interessen weiß Gott nicht unterstützt, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Neuregelung bringt einen besseren Kompromiss zwischen mehr Wettbewerb und Solidarität und zusammen mit dem einmütig, einstimmig beschlossenen Solidarpakt Sicherheit für die ostdeutschen Länder bis zum Jahre 2019.

Bayern fordert seit langem einen „Nationalen Stabilitätspakt“ auf der Grundlage eines Staatsvertrages, damit die Landtage als Haushaltsgesetzgeber mitentscheiden. Wir haben uns gegenüber der Bundesregierung bereits im Jahre 1997 für einen Staatsvertrag ausgesprochen. Ich würde mir wünschen, dass auch Sie vonseiten der Opposition entsprechend auf Ihren Bundesfinanzminister einwirken, der immer noch von einem Gesetz des Bundestages und des Bundesrates träumt. Ein Stabilitätspakt und die Einschränkung des Budgetrechts des

Landtags können nur auf der Grundlage eines Staatsvertrages beschlossen werden.

(Beifall bei der CSU)

Unser Land ist das sicherste Land in Deutschland. Gerade in diesen Tagen und Stunden wird uns ja wieder bewusst, welche Bedeutung äußere und innere Sicherheit haben. Eigentlich ist es schon fast selbstverständlich: Die traditionell höchste Aufklärungsquote ist verbunden mit niedrigster Kriminalitätsbelastung. Die Menschen fühlen sich in Bayern sicher – aus gutem Grund. Das soll auch so bleiben.

Unser Land ist ein solidarisches und ein soziales Land. Bayern hat die höchste Beschäftigungsdichte und die niedrigste Zahl von Sozialhilfeempfängern in ganz Deutschland. Welches SPD-regierte Land kann solche Zahlen aufweisen? Keines!

(Beifall bei der CSU)

Fast 100 DM pro Einwohner – das sind 1,2 Milliarden DM oder zirka 600 Millionen € – werden jährlich für die Krankenhäuser in Bayern ausgegeben. Kein westliches Flächenland gibt mehr für eine leistungsfähige, moderne und wohnortnahe Krankenhausversorgung aus als wir.

Mit dem Amt der Behindertenbeauftragten der Staatsregierung haben wir eine wirkungsvolle Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung eingerichtet. Die Behindertenbeauftragte, Frau Ina Stein, setzt sich in überzeugender Weise für behinderte Menschen als gleichberechtigte Partner in unserer Gesellschaft ein. Ich möchte ihr sehr herzlich dafür danken.

(Beifall bei der CSU)

Bayern wird noch in dieser Legislaturperiode ein eigenes Gleichstellungsgesetz für Behinderte erlassen. Darin werden wir die Fragen der Gleichstellung regeln, die in ausschließlicher Länderkompetenz liegen.

Unser Land steht traditionell und mit großem Selbstbewusstsein für Kunst und für Kultur. Bayern ist jetzt kulturell noch reicher an Museen von Weltrang: das Neue Museum Nürnberg – Staatliches Museum für Kunst und Design –, das Museum der Phantasie in Bernried, das Museum Schäfer in Schweinfurt, das in Realisierung befindliche Staatliche Textilmuseum in Augsburg, die Pinakothek der Moderne, die in Kürze eröffnet wird – ein Kranz von kulturellen Highlights, um die uns viele andere Länder in Europa beneiden.

Zusätzlich fördern wir bayernweit aus dem Kulturfonds Projekte der nichtstaatlichen Theater und Museen, unterstützen wir zeitgenössische Kunst, die Laienmusik, den Denkmalschutz und die Denkmalpflege. Das ist eine Kunst- und Kulturförderung, die in ganz Deutschland ihresgleichen sucht.

Die positive Bilanz für Bayern wäre nicht möglich ohne das enge Zusammenwirken von Staatsregierung und Mehrheitsfraktion, also CSU-Fraktion. Ich danke allen Mitgliedern der CSU-Fraktion, insbesondere ihrem Vor-

sitzenden Alois Glück, sehr, sehr herzlich für die großartige Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Unterstützung, Ihr Engagement und Ihre Arbeit sind heute und in Zukunft unverzichtbare Grundlagen und Bausteine für den Erfolg unseres Landes.

Meine Damen, meine Herren! In unserer Arbeit für Bayern steht die gleichwertige Entwicklung aller Landesteile an oberster Stelle.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Drinstehen tut es schon!)

Dennoch haben sich die bayerischen Regionen durchaus unterschiedlich entwickelt. Das gilt im Übrigen für alle Länder, ob Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen, ob Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt oder Sachsen. Überall ist das Problem, dass es Schwerpunkte und schwächere Regionen gibt.

(Frau Biedefeld (SPD): Sagen Sie mal was zu Oberfranken!)

– Tatsache ist, dass gerade Oberfranken Strukturprobleme hat. Aber wenn die SPD deshalb vom „Armenhaus Nordbayerns“ spricht, muss man sagen, dass die SPD fast nur Armenhäuser in Deutschland regiert.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren von der Opposition, eigentlich müssten Sie es ja wissen: Die Arbeitslosenquote in Oberfranken war mit 7,5% im Jahresdurchschnitt 2001 wesentlich niedriger als in ganz Niedersachsen, in ganz Nordrhein-Westfalen und in ganz Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CSU – Frau Biedefeld (SPD): Erzählen Sie das mal in Oberfranken!)

Ich bin manchmal erstaunt, dass sich gerade die Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin dieser Länder mit den Problemen Bayerns beschäftigen, obwohl sie doch große Hausaufgaben in ihren eigenen Ländern zu machen haben, um überhaupt auf einen Mittelplatz oder vom Tabellenende ein bisschen nach vorn zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Dagegen sind Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken sowie die Oberpfalz attraktive Wirtschaftsstandorte mit hohem Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren; die vorliegenden Zahlen können Sie nicht wegdiskutieren.

Ich will noch einmal versuchen, es Ihnen zu erklären, weil Sie es einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Dass sich Entwicklungen auf Großräume, auf, wie man heute so schön sagt, so genannte Cluster, konzentrieren, ist keine bayerische Erfindung. Schauen Sie ins Ausland. Ob es Mailand ist, ob London oder der Großraum Paris: All das sind Städte, in denen sich als Folge

von Globalisierung und Internationalisierung Unternehmen ballen und die immer neue Firmen anziehen. Das gilt auch für München. Wenn es vom Münchner Flughafen fast 90 Linienflüge pro Woche über den Atlantik gibt, in Düsseldorf aber nicht, und in Berlin drei interkontinentale Liniendirektflüge pro Woche, dann ist es doch logisch, dass sich viele internationale Unternehmen auch deswegen überlegen, nicht in den Großraum Düsseldorf oder den Großraum Berlin zu gehen, sondern in den Großraum München. Wir haben alles dafür getan, um mit allen Städten in Deutschland und in Europa mithalten zu können. Heute ernten wir die Früchte und sollten stolz darauf sein.

(Beifall bei der CSU)

Statt diese Entwicklung in Bayern zu kritisieren, sollte die Opposition besser darüber nachdenken, warum das bei ihren Genossen in Hannover und bei ihrer Genossin in Kiel einfach nicht klappt. Das muss ja irgendwelche Gründe haben.

Wir brauchen diese Magnetwirkung. Sie nutzt auch dem ganzen Land. Zusätzlich wollen wir die Entwicklung aller Landesteile und aller Regionen vorantreiben.

(Zuruf von der SPD: Wird auch Zeit!)

Deshalb haben wir im Rahmen der Hightech-Offensive Regionalprogramme mit einem Fördervolumen von rund 179 Millionen € aufgelegt und dadurch Investitionen von etwa 400 Millionen € ausgelöst.

(Dr. Kaiser (SPD): Wenn diese Aussagen stimmen!)

– Sie können ja nachher etwas dazu sagen.

Im „Ertüchtigungsprogramm Ostbayern“ stellen wir 100 Millionen € speziell für die Grenzregionen zur Verfügung.

Oberfranken ist Schwerpunkt der bayerischen Regional- und Ansiedlungspolitik. In Nordostoberfranken ist unser Ziel, einen Automobilzulieferpark zu errichten. Damit soll die Region mit dem Raum Leipzig und dem dort entstehenden BMW-Werk vernetzt werden. Das ist eine unserer großen Anstrengungen. Wir fordern den zügigen Weiterbau der ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt.

(Beifall bei der CSU)

Der Baustopp durch die Bundesregierung hat uns viele Entwicklungschancen gekostet.

(Frau Biedefeld (SPD): Ein schönes Stück Bayern wurde damit bislang bewahrt!)

Flächendeckend in ganz Bayern haben wir Universitäten und Fachhochschulen gegründet. Jeder Regierungsbezirk besitzt heute mindestens eine staatliche Universität und mindestens zwei Fachhochschulen.

Wir unterstützen die Modernisierung des Frankenstadions in Nürnberg zur WM-Tauglichkeit. Ohne die Unterstützung des Freistaats Bayern, ohne die Zusage, die Hälfte der Investitionskosten zu übernehmen, hätte

Nürnberg keine Chance gehabt, WM-Standort zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Selbst wenn sich letzten Endes noch so viele Kollegen aufregen, bleibt festzustellen: Wir haben auch hier umsichtig und rasch gehandelt.

Wir tun etwas für die ausgewogene Entwicklung in den Regionen Bayerns. Wir halten unsere Versprechen, und ich muss fragen: Was ist eigentlich mit den Versprechen des Bundeskanzlers? Vollmundig hat er im Jahr 2000 – ich kann Ihnen die Zeitungsausschnitte des „Neuen Tages“ noch zur Verfügung stellen – in Weiden ein „vernünftiges Grenzregionenprogramm“ des Bundes angekündigt. Wo ist das Grenzregionenprogramm des Bundes? Ich sehe keines.

(Beifall bei der CSU)

Wo bleibt der Aufschrei der SPD für das Grenzland? Sie dürfen bei aller Unterstützung Ihrer Bundesregierung nicht vergessen, dass Sie eigentlich auch noch die Interessen Bayerns vertreten sollten.

(Beifall bei der CSU)

Die Bürgerinnen und Bürger in den bayerischen Grenzregionen erleben Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung in besonderem Maße. Sie rücken zwar von einer Randlage ins Zentrum der Europäischen Union, müssen aber mit Wettbewerbsverzerrungen wie niedrigeren Löhnen und höheren Subventionen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft fertig werden.

Es ist auch die Aufgabe der Staatsregierung, sich da einzuschalten. Ich spreche heute Nachmittag mit EU-Kommissar Fischler auch über die Auswirkungen der Osterweiterung auf unsere bayerischen Bauern, in besonderem Maße im Grenzland.

Wir fordern deshalb ein EU-Sonderprogramm für die Grenzregionen. Das ist uns in Nizza eigentlich auch zugesichert worden. Die bisher von der Kommission vorgesehene Förderung ist weder finanziell noch inhaltlich zufriedenstellend. Nur 195 Millionen € für insgesamt 23 Regionen sind schlicht und einfach zu wenig. Vergleichen Sie diese 195 Millionen € mit den 100 Millionen € allein aus Staatsmitteln unseres Sonderprogramms, mit denen wir etwas für die Ertüchtigung der ostbayerischen Gebiete und damit auch für die Osterweiterung tun. Ich begrüße es, dass das Europaparlament – ich danke vor allen Dingen den CSU-Abgeordneten im Europaparlament – unser Anliegen aufgegriffen und zusätzliche Fördermittel für die Grenzregionen gegen den Willen der Kommission durchgesetzt hat.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie erlauben mir doch die Frage: Wo ist in diesem Prozess eigentlich die Bundesregierung? – Auf Tauchstation. Sie hat sich in diesem Zusammenhang überhaupt nicht engagiert, um die Mittel von 195 Millionen € zu erhöhen. Sie sagen auch nichts

dazu, weil Ihnen die Interessen Bayerns anscheinend nicht wichtig genug sind.

(Beifall bei der CSU)

Trotz mancher Probleme: Die EU-Osterweiterung wird die politische und die wirtschaftliche Integration ganz Europas entscheidend voranbringen. Sie wird die politische Landkarte Europas schon in naher Zukunft nachhaltig verändern und auch uns nutzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein besonderes Wort an unsere unmittelbaren Nachbarn, an die Tschechische Republik richten. Der tschechische Ministerpräsident und der dortige Parlamentspräsident haben in den letzten Wochen die Benesch-Dekrete in unverantwortlicher Weise verteidigt. Das steht in vollem Gegensatz zum Geist und den Werten der europäischen Gemeinschaft. Diese Dekrete dürfen in Europa keinen Bestand haben.

(Beifall bei der CSU)

Eine neue Bundesregierung unter meiner Führung würde auch dieses Problem anders als die gegenwärtige Bundesregierung angehen.

(Beifall bei der CSU)

Weil man auf die Bundesregierung nicht hoffen kann, hoffe ich sehr auf das Europäische Parlament. Das Europäische Parlament hat Zweifel geäußert, ob die Benesch-Dekrete mit den Grundwerten und mit der Charta der Europäischen Union vereinbar sind. Ebenso wenig – das sage ich auch ganz deutlich an die Adresse unserer tschechischen Nachbarn – passt das Kernkraftwerk Temelin mit seinen technischen Störungen in das europäische Sicherheitsniveau.

(Beifall bei der CSU)

In einem gemeinsamen Europa muss höchstmögliche Sicherheit der Menschen ohne Rücksicht auf Grenzen gewährleistet sein. Da Temelin derzeit nicht sicher ist, ist sein Betrieb nicht verantwortbar.

(Beifall bei der CSU)

Globalisierung und Internationalisierung schreiten weiter voran. Sie verändern das Bewusstsein der Menschen. Die Benutzung von E-Mail und Internet, der weltweite Kontakt und der Austausch von Informationen sind heute Alltag. Grenzen von Zeit, von Entfernung, Sprache und Kultur, die in der Vergangenheit das Leben des Einzelnen beschränkt und Menschen und Nationen voneinander getrennt haben, werden wie selbstverständlich überwunden. Wir müssen die Weichen richtig stellen: Die Menschen wollen keine Globalisierungsnomaden werden. Sie wollen wissen, wo sie hingehören, auf wen sie vertrauen können, wer sie regiert. Nationale Identität ist und bleibt unverzichtbar. Die Philosophie des „Alles ist möglich“ macht orientierungs- und heimatlos. Werte wie Solidarität, Rücksichtnahme und Miteinander zählen auch in Zukunft. Der Mensch braucht Heimat und Verwurzelung. Kulturelle Identität ist unverzichtbar.

Bayern ist ein christlich geprägtes Land. Die christliche Gemeinschaftsschule ist durch Volksentscheid in der Verfassung verankert. Deshalb gehören auch das Kreuz in die Klassenzimmer und der Religionsunterricht als Pflichtfach in die Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere christliche Toleranz schließt selbstverständlich Angebote für Unterricht in Islam ein. Wer aber wie die GRÜNEN die Nation aufkündigt oder negiert, macht die Menschen heimatlos. Wer wie die GRÜNEN die Kreuze und den Religionsunterricht aus den Schulen herausnehmen möchte, macht die Menschen orientierungslos.

(Beifall bei der CSU)

Eine der größte Herausforderungen, vor denen Europa, aber in besonderem Maße Deutschland und natürlich auch Bayern stehen, ist die demographische Entwicklung. Seit etwa 30 Jahren werden in Deutschland 30% weniger Kinder geboren, als zur langfristigen Erhaltung einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur notwendig wären. Gleichzeitig nimmt die Lebenserwartung erfreulicherweise zu. Von 1965 bis 1999 hat sich die Zahl unserer Rentnerinnen und Rentner verdoppelt. Die Zahl der Beitragszahler ist dagegen im gleichen Zeitraum nur um 25% angestiegen. Nach Untersuchungen des Bevölkerungswissenschaftlers Prof. Birg werden im Jahre 2035 bis zu 97 Rentner auf 100 Erwerbstätige kommen. 1999 waren es noch rund 55. Für die Rentenversicherung prognostiziert Prof. Birg einen Beitragssatz von rund 27% für das Jahr 2030, wenn sich nichts ändert. Die Beiträge zur Krankenversicherung könnten nach Prognosen des DIW bis zum Jahr 2040 auf bis zu 23% steigen, die Zahl der Pflegebedürftigen um 50%. Das wurde alles lange tabuisiert, weil Bevölkerungspolitik, die alle Länder in einer gewissen Weise betreiben, wegen unserer Geschichte belastet war, belastet ist und auch als Unwort galt. Jetzt müssen wir allerdings der Wahrheit ins Auge sehen.

Wenn wir den sozialen und den wirtschaftlichen Standard in Deutschland halten wollen, dann müssen wir auf diese Entwicklung reagieren, und zwar richtig und schnell. Ich habe gerade wieder den Einwand „Zuwanderung“ gehört. Das ist eines Ihrer Gegenmodelle. Das rot-grüne Konzept, auch vom Bundesinnenminister vortragen und begründet, heißt Zuwanderung. Das ist aber eine Milchmädchenrechnung. Mit Zuwanderung lösen Sie das Problem der Überalterung mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CSU)

Nach Berechnungen der Vereinten Nationen müssten jährlich 3,4 Millionen Personen zuwandern, um allein den gegenwärtigen Status, die gegenwärtige gesellschaftliche Altersbalance in Deutschland zu erhalten, also wenn die Relation von Alt und Jung in Deutschland gleich bleiben soll. Das ist absurd. Das würde die Integrationskraft Deutschlands völlig überfordern. Wir wollen in Deutschland mit Sicherheit keine Parallelgesellschaften mit gesellschaftlichen und sozialen Konflikten wie in Großbritannien.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann tun Sie etwas dagegen!)

Das kann nicht die Zukunft unserer bayerischen Städte sein.

(Beifall des Abg. Dr. Bernhard (CSU))

Mit Zuwanderung verschärft man die Probleme am Arbeitsmarkt: Wir haben heute über 4 Millionen registrierte Arbeitslose. Sie wissen, dass insgesamt etwa 6 Millionen Menschen arbeitslos sind, weil zirka 1,9 Millionen Menschen überhaupt nicht mehr auf den Arbeitsmarkt gehen, weil sie glauben, dort keine Chance zu haben. Dennoch wehrt sich Rot-Grün gegen eine Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wer wehrt sich denn dagegen? – Mehrlich (SPD): Das sind Unwahrheiten!)

Nach Prognosen wird die hohe Arbeitslosigkeit auch in den kommenden zehn Jahren das Hauptproblem in Deutschland sein. Also kann Zuwanderung oft nur in die sozialen Sicherungssysteme erfolgen, wie es in den letzten Jahrzehnten sogar bei guter Konjunkturlage geschehen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sich aufregen, so viel Sie wollen: An den Fakten werden Sie nicht vorbeikommen. Sie werden dafür auch die Quittung bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Weder heute noch in absehbarer Zukunft haben wir Bedarf an ungesteuerter Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt. Wir brauchen stattdessen eine gezielte Öffnung für hoch qualifizierte Fachkräfte, Unternehmer und Wissenschaftler. Eine solche Politik ist in den meisten Industriestaaten der Welt längst Standard.

(Beifall bei der CSU)

Mehr denn je ist daher Gestaltung und Führung durch aktive und innovative Politik erforderlich. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen können, in welche Richtung sich ihr Land entwickeln wird. Wir haben eine klare Vorstellung von der Zukunft Bayerns. Wir wollen den Menschen Orientierung und Sicherheit geben, Innovationen vorantreiben, Heimat bewahren und die aktive Bürgergesellschaft stärken. Prioritäten für die Zukunft sehen wir vor allem im Ausbau der Familienpolitik, in der Verbesserung der Bildung und Ausbildung, in der Schaffung von Arbeitsplätzen, im Schutz der Verbraucher, in der Sorge für gesunde Lebensmittel und in der Sicherheit vor Verbrechen.

Meine Damen, meine Herren, Herzstück unserer Politik war und ist Politik für die Familien; denn die Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Dies ist in den letzten Jahren häufig in diesem Hohen Haus dargelegt worden. Ohne Familien mit Kindern geht die Regenerationsfähigkeit unserer Gesellschaft verloren. Familien sind für eine zukunftsfähige Gesellschaft unverzichtbar.

In der Familie finden die Menschen, was sie zum Leben brauchen: Liebe, Geborgenheit, Solidarität und Lebenssinn. Familie ist Heimat, gibt Orientierung und Sicherheit. In den Familien vollzieht sich der Brückenschlag der Generationen. In den Familien wachsen junge Menschen zu Persönlichkeiten heran. Damit steigen auch ihre Lebenschancen. Gerade deshalb wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen nach wie vor Partnerschaft, Kinder und eine Familie – den Verkündern des Single-Zeitalters zum Trotz.

Für die Staatsregierung war und ist Familienpolitik nie „Gedöns“ gewesen, wie das der Bundeskanzler 1998 formuliert hat.

(Beifall bei der CSU)

Der Bundeskanzler hat die Familien erst gestern wieder entdeckt – passend zum Wahlkampf.

(Frau Radermacher (SPD): Das ist der erste Bundeskanzler, der überhaupt eine Regierungserklärung zu diesem Thema abgegeben hat!)

Gestern hat er vollmundig 1 Milliarde € pro Jahr für Kinderbetreuung und Ganztagschulen angekündigt. Für die Kinderbetreuung kann sicherlich nicht genug getan werden.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! – Maget (SPD): Da schau her!)

Ich finde es aber schon dreist, wenn der Bundeskanzler Ländern und Kommunen mit großer Geste in Spendierhosen Geld anbietet – einen Bruchteil des Betrages, den er ihnen in den letzten Jahren mit der Steuerreform und der Gewerbesteuerumlage weggenommen hat.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Was machen Sie denn?)

Sie haben die Gewerbesteuerumlage gegen unseren Widerstand von zirka 20% auf 28% im Jahr 2004 erhöht. Meine Damen und Herren, damit nehmen Sie den Kommunen in diesem Jahr zirka 1,4 Milliarden € weg. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU – Mehrlich (SPD): Ihr habt den Kommunen noch mehr weggenommen!)

Es ist schon dreist, wenn der Bundeskanzler Geld für Kinderbetreuung ankündigt und Rot-Grün den Familien gleichzeitig mit der Ökosteuer und der angekündigten Neuregelung des Ehegattensplittings das Geld wieder aus der Tasche zieht.

(Beifall bei der CSU)

Ich frage mich schon: Warum hat der Bundeskanzler eigentlich dort kein Geld, wo er wirklich zuständig ist – beim Sozialen Wohnungsbau, bei der Eigenheimförderung für Familien oder bei der Hinterbliebenenrente, wo es massive Einschnitte gegeben hat?

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Gantzer (SPD): Wir müssen schließlich noch die Waigel-Schulden abzahlen!)

Die Staatsregierung hat auch in der Familienpolitik stets auf Veränderungen und neue Anforderungen reagiert. Die Arbeitswelt hat sich heute ebenso verändert wie das Bewusstsein der Frauen und ihre Einstellung zu Beruf und Familie. Natürlich ist die persönliche Betreuung und Erziehung der Kinder zu Hause durch Mutter und Vater von unschätzbarem Wert. Viele Mütter können oder wollen heute aber nicht mehr auf Erwerbstätigkeit verzichten. Über 70% der Frauen mit kleinen Kindern wollen erwerbstätig sein.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Habt ihr das auch schon gemerkt? – Frau Radermacher (SPD): Das hat aber lange gedauert, bis Sie das gemerkt haben!)

Deshalb brauchen sie eine Möglichkeit, ihre Kinder auch außerhalb der Familie betreuen zu lassen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo!)

Das darf aber kein Zwang sein. Mütter und Väter sollen in eigener Freiheit und eigener Verantwortung entscheiden können, ob sie Familie und Beruf vereinbaren wollen oder ob sich ein Elternteil ausschließlich der Kindererziehung widmet. Dabei muss man sich am Wohl des Kindes orientieren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Das bedeutet: nicht Zwang zur Betreuung außerhalb der Familie, sondern ein Angebot von Betreuungsmöglichkeiten. Wir wollen – das ist der große Unterschied – die Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Unruhe)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen mehr Souveränität, die in etwas mehr Ruhe zum Ausdruck kommt, würde gut tun.

(Frau Radermacher (SPD): Das fällt schwer bei so viel Unsinn!)

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Sie regen sich immer auf. Beruhigen Sie sich doch und sparen Sie Ihre Erregung für den Sonntagabend auf.

(Beifall bei der CSU)

Dem Ziel der Wahlfreiheit dient unser Betreuungskonzept. Diesem Ziel dient auch die Einführung eines monatlichen Familiengeldes, die wir auf Bundesebene verfolgen. Wir werden damit im Jahre 2004 beginnen. Jetzt wird polemisiert, dass Deutschland sich dieses Geld für Familien nicht leisten könne. Der finanzielle Rahmen ist doch nicht durch uns so eng.

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben den finanziellen Rahmen zu verantworten. Sie haben Deutschland auf den letzten Platz in Europa zurückgeführt.

(Beifall bei der CSU)

Die Statistiken der Europäischen Kommission beweisen: Deutschland ist in der Zwischenzeit am Tabellenende beim wirtschaftlichen Wachstum.

(Mehrlich (SPD): Das ist Volksverdummung!)

Sie wollen das zwar nicht zur Kenntnis nehmen, das ist aber ein Faktum.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Sie waren 16 Jahre lang an der Regierung!)

Deshalb können wir das Familiengeld nur stufenweise realisieren.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Schönen Gruß an Herrn Waigell!)

Meine Damen, meine Herren, sehen Sie sich einmal die Steuerschätzung des Jahres 2002 an. Diese Zahlen werden die Politik des Herrn Eichel leider wiederum widerlegen. Dies gilt auch für den Bundeskanzler. Beide haben geglaubt, sie würden mit dieser Steuerreform das Wachstum ankurbeln. Leider wird das Wachstum auch im Jahr 2002 nicht im erwarteten Maße eintreten. Die Steuereinnahmen dieses Jahres gehen leider weiter zurück. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der CSU)

Schon bisher hat Bayern beträchtliche Mittel für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen aufgewendet: allein im Jahre 2001 zirka eine halbe Milliarde €. Mit dieser „Kindermilliarde“ finanzieren wir Kindergärten, Horte und das Netz für Kinder. Die Kommunen legen noch einmal rund eine halbe Milliarde € dazu.

In Bayern besuchen 95 % aller Drei- bis Sechsjährigen Kindergärten. Für 3,5 % der Kinder unter drei Jahren haben wir Betreuungsplätze.

(Zurufe von der SPD)

Das ist schon die Hälfte des von den Jugendämtern geschätzten gegenwärtigen Bedarfs. Ich frage in aller Deutlichkeit: Warum haben Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein keine 3,5%? Es werden über Bayern immer wieder falsche Behauptungen aufgestellt, weil es in Ihre Politik hineinpasst. Aber, meine Damen und Herren, dies glauben die Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Der Bundeskanzler hat gestern in seiner Regierungserklärung vorwurfsvoll mit der Zahl von 1,4% hantiert und sozusagen den Bayern den letzten Platz attestieren wollen. Das führt aber zu einer Täuschung, weil er nur die

Krippenplätze nennt, aber die übrigen Betreuungsangebote außer Acht lässt. Alle anderen Betreuungsmöglichkeiten werden im Rahmen der Wahlfreiheit angeboten. Es gibt nicht nur ein Modell. Besonders befasst sich der Bundeskanzler immer wieder mit Bayern. Sogar in den Regierungserklärungen kommt Bayern in besonderer Weise vor, worüber wir uns selbstverständlich freuen. Allerdings erzählt er natürlich über Bayern oft viel Falsches. Er müsste also doch noch mehr hierher kommen und lernen, was in Bayern los ist.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt gehen wir noch einen entscheidenden Schritt weiter. Bis zum Jahr 2008 soll ein flächendeckendes Angebot an kind- und familiengerechten Betreuungsangeboten zur Verfügung stehen. Mit 313 Millionen € für die Jahre 2002 bis 2006 fördern wir insgesamt 30 000 neue Plätze, davon für Kinder unter drei Jahren zusätzlich 5 000, für die Schulkinder zusätzlich 25 000 Plätze. Kommunale Horte und Krippen, Tagespflegeangebote und weitere Angebote der Familienselbsthilfen wie Eltern-Kind-Gruppen werden erstmals gefördert.

Ganztagesbetreuung an Schulen wird angeboten. Kommunen und Schulen werden das jeweilige Angebot gemeinsam entwickeln. In ganz Bayern wird eine bunte Mischung aus vielfältigen Angeboten entstehen – nach Bedarf und entsprechend den Wünschen vor Ort. Auch Sportvereine und Musikschulen müssen weiterhin die Möglichkeit haben, an der Gestaltung der Nachmittagsbetreuung mitzuwirken. Sie sollten diese Chance nutzen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Ganztageschulen werden zur Erprobung innovativer Unterrichts- und Betreuungsformen und bei spezifischem Förderbedarf an Hauptschulen eingerichtet. Aber auch hier gilt: kein Zwang zur Ganztageschule, sondern ein Angebot nach besonderem Bedarf. Dieses Konzept geht auf die Bedürfnisse der Familien und der Kinder ein. Eltern und Kinder wollen eine Förderung und Betreuung, die auf sie zugeschnitten ist. Sie wollen selbst darüber befinden, wer die Kinder wo, wie lange und in welchem Stil erzieht. Sie wollen sich in kein Korsett „nur Ganztageschule“ pressen lassen. Deshalb geht die Forderung nach flächendeckender Einrichtung von Ganztageschulen an den Bedürfnissen von Schulen, Eltern und Kindern vorbei.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Wer fordert das?)

Das Betreuungskonzept ist die gemeinsame Antwort von Staatsregierung und CSU-Fraktion auf die gewandelten Lebensbedingungen für Familien in Bayern. Wir wollen es in Zusammenarbeit mit den Kommunen umsetzen, weil das eine gemeinsame gesellschaftspolitische Aufgabe ist. Gemeinsam müssen wir Prioritäten zugunsten der Familien setzen und alles tun, um diese zu unterstützen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer zahlt?)

Den Menschen in unserer Wissensgesellschaft Orientierung zu geben und Chancen zu eröffnen, gelingt sicherlich nur mit bestmöglicher Bildung. Bildung ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts das, was soziale Sicherung am Ende des 19. Jahrhunderts war: die Voraussetzung für eine gute Zukunft. Bildung ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Alle müssen an einem Strang ziehen. Jeder hat Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Jugendliche für ihre Bildung und Ausbildung.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

Wichtig ist die Einstellung jedes Einzelnen. Bildung ist keine Bringschuld des Staates, sondern eine Holschuld jedes Einzelnen.

Ich befürchte, dass der Pisa-Schock noch nicht stark genug war. Nach wie vor höre ich die gleichen Argumente, wie ich sie schon vor 20 Jahren von Ihrer Seite gehört habe. Ich höre die alte Leier von Überforderung, von Kuschelpädagogik und Gesamtschule. Da passt der Boykott der nationalen Pisa-Studie durch die GEW in Hamburg voll und ganz hinein.

(Beifall bei der CSU)

Was ich da höre, klingt wie das Salonorchester auf der Titanic, während die unteren Decks unseres Bildungswesens im Mittelmaß untergehen.

(Zuruf von der SPD: So ist es in Bayern!)

Was ich vermisse, ist eine Diskussion über die tieferen Ursachen der Ergebnisse der Pisa-Studie.

(Zuruf von der SPD)

– Warten Sie den 30. Juni ab! Ich wäre froh, wenn alle so locker darangehen würden, wirklich schon am 30. Juni eine vergleichende Studie vorzulegen. Es gibt bei Ihnen große Bemühungen, das zu verhindern. Warum wohl?

(Beifall bei der CSU)

Sie werden alt aussehen, wenn wir im Juli darüber diskutieren; denn die Pisa-Studie legt Defizite und Fehlentwicklungen bloß, die weit über die Schulform-Diskussion hinausgehen. Pisa stellt unsere Einstellung zur Bildung, zu Werten wie Leistung und Disziplin, zur Verantwortung der Eltern für ihre Kinder und letztendlich die Entwicklung unserer Gesellschaft und des Wertesystems in Deutschland zur Diskussion.

Bildung für alle – wird das nicht weithin nur als Anspruch gegen den Staat, ja fast als Konsumgut angesehen, als ob man sich Wissen und Bildung ohne eigene Anstrengung in 13 Jahren mit einem Nürnberger Trichter einflößen lassen könnte? Leistung, Disziplin, Ordnung, Sorgfalt dagegen wurden und werden weiterhin subtil diffamiert. Waren Elite und Eliteförderung nicht jahrelang Unwörter? Das sind unter anderem die wesentlichen Ursachen für die deutschen Ergebnisse von der Pisa-Studie. Sie brauchen sich nur die Situation in anderen Ländern anzusehen, die völlig unvoreingenommen auch Eliteförderung als wesentlichen Teil ihrer Bildungspolitik

betrachten. Vieles wurde mit tatkräftiger Mithilfe von Ihrer Seite, meine Damen und Herren von der Opposition, als Sekundärtugenden abqualifiziert.

Bildung ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist ein Angebot und eine Chance. Der Staat kann niemandem den bestmöglichen Bildungsabschluss garantieren; jeder Einzelne ist für sich selbst verantwortlich. Wir müssen als Erwachsene, vor allen Dingen als Eltern, Anstrengung und Leistung unseren Kindern vorleben und sie selbst dazu anhalten. Wir wollen die Freude am Lernen wecken und bewahren. Wir werden Schule so gestalten, dass Kinder mehr Freude am Lernen haben, dass sie in einer sich ständig wandelnden Welt lernfähig und lernbereit bleiben.

Schüler sollen nicht nur strategisch für eine unmittelbar bevorstehende Prüfung pauken, sondern lernen, grundlegendes Wissen und dauerhaft notwendige Fähigkeiten für einen längeren Zeitraum zu erwerben. Daran müssen wir unsere Lehrpläne ausrichten.

Schule braucht auch Disziplin. Kinder sollen lernen und Lehrer unterrichten können, ohne dass Mitschüler den Unterricht unzumutbar stören und lahm legen. Deshalb werden wir den Schulen Mittel an die Hand geben, mit denen sinnvolles Arbeiten möglich sein kann, zum Beispiel durch Gewaltprävention und Fachkräfte für besonders schwierige Schüler. Wir wollen zusammen mit den Kommunen die Jugendsozialarbeit an Schulen fortführen und bis zu 350 neue sozialpädagogische Fachkräfte einstellen. Wir wollen auch, dass neben den Lehrkräften, die wir nachhaltig darin bestärken, Schülerinnen und Schüler freiwillig Verantwortung für Ordnung und Gewaltfreiheit an der Schule übernehmen.

Pisa hat gezeigt, dass die deutsche Sprache von vielen Schülern nur unzureichend beherrscht wird und viele von ihnen geschriebene Texte nur schwer verstehen. Deshalb wird es bereits im Kindergarten in Zusammenarbeit mit der Grundschule eine gezielte Sprachförderung geben. Andere Länder, wie Frankreich – soweit werden wir wohl nicht gehen können – lassen Kinder ohne Beherrschung der Landessprache überhaupt nicht für den Regelunterricht zu, sondern sagen: Erst wenn du die Landessprache beherrscht, kommst du in den Regelunterricht. Wir wollen das mit mehr Förderung erreichen. In der Grundschule wird noch mehr Gewicht auf die Förderung der Lesekompetenz gelegt werden. Dabei müssen die Kinder von den Eltern auch außerhalb des Unterrichts unterstützt werden.

Ausländische Schülerinnen und Schüler, die kein oder nur wenig Deutsch können, schneiden verständlicherweise in der Pisa-Studie besonders schlecht ab. Das führt dazu, dass in diesen Klassen das Niveau insgesamt sinkt und dass das Gesamtniveau noch weiter sinkt. Wir wollen, dass ausländische Kinder Deutsch können, und das so früh wie möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für sie bereiten wir spezielle Angebote und Sprachlernklassen vor, in denen sie intensiv in Deutsch unterrichtet werden. Das dient dem Lernerfolg aller Kinder. Sie sollen

sozusagen die Regelklassen in bestimmten Bereichen verlassen können, Sprachunterricht nehmen, dann wieder in den Regelunterricht eingefädelt werden. Damit schaffen wir ein höheres Maß an Integrationsleistung und Integrationskraft der Schulen, und zwar sowohl für Deutsche als auch für Ausländer. Neben der Kompetenz in Deutsch verlangt Globalisierung und Internationalisierung die Beherrschung von Fremdsprachen. Deshalb haben wir das Fremdsprachenangebot an den Schulen in Bayern erweitert, zum Beispiel in den dritten und vierten Klassen der Grundschulen.

Wir wollen das im internationalen Vergleich hohe Alter der Schülerinnen und Schüler senken und Hochbegabte optimal fördern. Deshalb haben wir es ermöglicht, Kinder freiwillig im sechsten Lebensjahr einzuschulen. Unser Ziel muss sein, das Schuleintrittsalter für alle Kinder zu senken. Noch vor Pisa haben wir in Bayern begonnen, unsere Schulen auf die neuen Herausforderungen von Globalisierung und Internationalisierung einzustimmen. Dazu investieren wir im Doppelhaushalt 2001/2002 zusammen rund 11 Milliarden € und damit 16,5% des Gesamthaushalts alleine für schulische Bildung. Wir werden den bereits eingeschlagenen Weg weitergehen.

Wir schaffen bestmögliche Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrkräfte. Von diesem Schuljahr an bis zum Beginn des Schuljahres 2003/2004 werden insgesamt bis zu 15000 neue Lehrer ihre Arbeit aufnehmen. Davon sind 4100 neue, zusätzliche Planstellen. Allein dafür geben wir 510 Millionen € aus. Wir bringen noch mehr Praxis in die Lehrerbildung, und zwar sowohl an den Universitäten als auch im Referendariat. Die Ausstattung mit IuK-Technologie ist auf einem guten Weg: rund 130000 Computerarbeitsplätze an den 5300 Schulen, Internetzugang für fast alle Schulen, lokal vernetzte Systeme bei über 95% der weiterführenden Schulen – über 30 Millionen € aus der Hightech-Offensive wurden gut angelegt. Ich sage: Das müssen uns die SPD-regierten Länder, die sich mit Bayern jetzt so beschäftigen, erst einmal nachmachen, bevor sie uns kritisieren.

Ich sehe die Pisa-Studie als Chance und Auftrag, auf unserem Reformkurs weiterzugehen. Kein Verständnis habe ich aber für die Absicht, Pisa als Vorwand für Zentralismus zu gebrauchen bzw. zu missbrauchen. Bildungspolitik ist und bleibt Ländersache. Das sage ich auch an die Adresse der Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag, die Pisa dazu gebrauchen wollen, mehr Zentralisierung in der Bildungspolitik durchzusetzen. Der Abstimmungsprozess unter den Ländern ist oft mühsam und viel zu langsam. Wir brauchen weniger Abstimmungszwang und mehr Zuständigkeiten in den Ländern. Dieses Parlament soll mehr entscheiden können als die Kultusministerkonferenz.

Wir brauchen nicht Zentralisierung auf dem Niveau rot-grüner Bildungspolitik, sondern mehr Freiheiten zum kreativen Wettbewerb. Ohne den bescheidenen föderalen Wettbewerb wären Deutschlands Schulen nicht besser, sondern noch schlechter. Wer zentralistische Bildungspolitik will, der untergräbt den kreativen Wettbewerb für bestmögliche Bildung, der ignoriert regionale Bedürfnisse und Besonderheiten. Das wollen wir in Bayern keinesfalls.

Ein weiteres wichtiges Feld, das über die Zukunft des Landes entscheidet, ist die Hochschulpolitik. Bis an die Grenzen unserer Kompetenz haben wir mit dem Hochschulgesetz 1998 und der seitdem erfolgten kontinuierlichen Weiterentwicklung Leistungsfähigkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Hochschulen gestärkt. Wir wollen einen regen Wettbewerb innerhalb der Hochschulen und zwischen ihnen, damit alle noch besser werden. Herausragende Persönlichkeiten in den neu geschaffenen Hochschulräten – einstmals von Ihnen heftig bekämpft – bringen ihren Sachverstand für die Weiterentwicklung der Hochschule ein. Rund 120 Bachelor- und Masterstudiengänge belegen den Prozess der Internationalisierung unserer Hochschulen. Wir haben es geschafft, die Studiendauer an bayerischen Hochschulen zu verkürzen. Studentinnen und Studenten treten damit früher ins Berufsleben ein.

Über die Virtuelle Hochschule Bayern bieten alle bayerischen Universitäten und alle bayerischen Fachhochschulen online hochkarätige wissenschaftliche Veranstaltungen und Lehrangebote an. Erstmals in Deutschland können Studenten auf Angebote und Wissen aller Hochschulen eines Landes zugreifen. Die Pilotphase läuft derzeit erfolgreich, und zum Wintersemester 2002/2003 ist die Aufnahme neuer Lehrangebote beabsichtigt.

Wir sind aber mit der Hochschulreform noch lange nicht am Ende. Wir schaffen jetzt für die Hochschulen die Voraussetzungen, sich in der Weiterbildung stärker zu engagieren. Die Hochschulen können sich jetzt noch mehr als bisher ihre Studenten in Fächern mit örtlichem Numerus clausus auswählen.

Das alles sind nur erste Schritte zur Befriedigung Reformbedürfnisse, die es an den Hochschulen gibt. Gefesselt sind wir nach wie vor durch das Hochschulrahmengesetz und die Zuständigkeiten des Bundes im Bereich des Hochschulpersonals. Hier hemmt die Bundesregierung alle Initiativen, die auf eigenverantwortliche Profilierung der Hochschulen hinauslaufen. Verhindert werden notwendige Freiräume, die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen unerlässlich sind. Entwertet wird die Habilitation als Nachweis der Qualifikation für die Berufung als Professor.

(Hufe (SPD): Genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen!)

Bayern hat sehr gute Hochschulen. Die erreichten Standards wollen wir erhalten und weiter ausbauen.

Deshalb werde ich auch weiterhin mit Nachdruck dafür kämpfen, dass die Ketten vor allem des Hochschulrahmengesetzes endlich gesprengt werden. Das Hochschulrahmengesetz muss weg.

(Beifall bei der CSU)

Die erste Sorge der Menschen gilt natürlich der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Wir haben in Bayern unterschiedliche Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Dass Bayern im Ganzen eine überdurchschnittlich gute Entwicklung genommen hat, bestätigt die aktu-

elle Umfrage von „Perspektive Deutschland“. Die Menschen in Bayern sind überdurchschnittlich zufrieden mit der Situation am Arbeitsmarkt. Der Kurs der Staatsregierung, auf neue Produkte und Dienstleistungen, neue Betriebe und neue Märkte zu setzen, war und ist richtig. Die bundesweit höchste Erwerbsquote und, zusammen mit Baden-Württemberg, gleichzeitig die niedrigste Arbeitslosigkeit bestätigen diesen Kurs eindrucksvoll.

Wir setzen auf den Mittelstand. Deshalb unterstützen wir ihn und schaffen die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Mit dem Mittelstandskreditprogramm haben wir allein im Jahr 2001 Investitionen von mehr als 700 Millionen € unterstützt. Rund 5000 Arbeitsplätze konnten dadurch geschaffen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scholz (SPD))

Es war und ist richtig, Bayern zu einem Hightech-Standort par excellence auszubauen. Ich nenne nur das Beispiel Biotechnologie. Seit 1992 sind allein bei kleinen und mittleren Unternehmen 3500 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die gesamte Life-Science-Branche bietet rund 12000 Mitarbeitern in Bayern Beschäftigung.

Es war und ist richtig, Existenzgründer massiv zu unterstützen.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Vor allem Kirch!)

Es gehört zu den größten Problemen gerade der neuen Länder, dass zu wenige Existenzgründungen erfolgen. Das wirtschaftlich schwächste Land Sachsen-Anhalt hatte beispielsweise eine Selbständigenquote von nur knapp 6,6% im Jahr 2000.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das sind zu wenige. Nur mit mehr Selbständigen und mit dem Mittelstand können wir mehr Arbeitsplätze schaffen. Die Großindustrie schafft leider nicht die notwendigen Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CSU)

Mit den kommunalen Existenzgründerzentren an 22 Standorten in ganz Bayern haben wir 500 Betriebe mit rund 2000 Arbeitsplätzen beim Start unterstützt.

Diese moderne Wirtschaftspolitik in Bayern würde noch mehr Früchte tragen, wenn wir in Deutschland, wie es die OECD, die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfonds bestätigen, nicht so schlechte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen hätten. Die mittelstandsfeindliche Politik der Bundesregierung hat erheblich dazu beigetragen, dass Deutschland Schlusslicht bei Wachstum und Innovation ist.

Alle schönen Worte des Bundesfinanzministers können nicht darüber hinwegtäuschen: Gerade die Steuerreform der Bundesregierung benachteiligt den Mittelstand massiv gegenüber Kapitalgesellschaften. Was die Bundesregierung geschaffen hat, ist einmalig. Ich hätte mir eine solche Steuerreform nie vorstellen können, wenn man

sich vergegenwärtigt, was Eichel in den Jahren 1995 und 1996 dazu im Bundesrat gesagt hat. Dieser Bundesfinanzminister hat eine Steuerreform gemacht, die dazu führt, dass das Finanzamt keine Körperschaftsteuer mehr einnimmt, sondern zu einer Ausgabestelle wird. Deutschland hat im letzten Jahr keine Mark Körperschaftsteuer eingenommen. Die Behauptung, dies werde in diesem Jahr besser, stimmt leider nicht. Mein Finanzminister signalisiert mir, dass es so weiter geht.

(Zustimmung bei der CSU)

Eichel hat es in der Tat geschafft, aus einer Steuereinnahmequelle einen Ausgabeposten zu machen. Ich weiß, dass die Großindustrie das nicht gerne hört. Es ist aber richtig, dass die Beteiligungsverkäufe bei den Kapitalgesellschaften durch die rot-grüne Steuerreform steuerfrei gestellt werden. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die Herren Eichel und Schröder die Milliardengewinne, die große Kapitalgesellschaften aus Veräußerungen einer Kapitalbeteiligung erzielen, nicht besteuern, während andere Unternehmen mehr zur Steuerkasse gebeten werden.

(Beifall bei der CSU)

Der kleine Einzelhandelskaufmann, der seinen Laden verkauft, wird anders zur Steuerkasse gebeten. Die Bundesregierung versündigt sich am Mittelstand. Aber wenn man sich in erster Linie als Genosse der Bosse betrachtet, dann kann man das verstehen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Steuerpolitik, die auch von den Gewerkschaften sehr kritisch beäugt wird, ist mittelstandsfeindlich und unsozial. Deshalb muss diese Regelung überprüft werden.

(Zuruf des Abgeordneten Maget (SPD))

Was wir in Deutschland brauchen, sind nicht schöne Worte und eine ruhige Hand, sondern durchgreifende Strukturformen, die den Arbeitsmarkt entriegeln, Steuern und Abgaben senken, für deutlich mehr Innovationen, Investitionen und Existenzgründungen sorgen und damit Deutschland wieder an die Spitze von Wirtschaft und Innovation in Europa bringen. Das muss unser Ziel sein.

Auch aus diesem Grund bin ich bereit, Verantwortung in und für ganz Deutschland zu übernehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur entspringt auch dem Willen, die Rahmenbedingungen nicht nur für Bayern zu verbessern, sondern ganz Deutschland zukunftsfähiger zu machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Die Staatsregierung wird ihre offensive Modernisierungspolitik weiterführen und vor allem Mittelstand und

Handwerk weiter unterstützen. Zu dieser Förderung wird auch weiterhin im Besonderen die bayerische Mittelstandsförderbank LfA beitragen, wie schon seit ihrer Gründung vor 50 Jahren. Neuerdings, zufällig fünf Monate vor der Bundestagswahl, entdeckt der Bundeskanzler den Mittelstand und kündigt eine „Mittelstandsbank des Bundes“ an. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat gestern oder vorgestern geschrieben: „Wählerfängerei und fauler Zauber“.

(Dr. Wilhelm (CSU): Sehr richtig! – Beifall bei der CSU)

Sie hat Recht. Die Bundesregierung will keine neue Mittelstandsbank, es sollen vielmehr nur vorhandene Förderaktivitäten des Bundes in einem Institut gebündelt werden. Das ist ein Schildertausch und hilft keinem Mittelständler. Nicht einmal das haben sie rechtzeitig geschafft, weil sich zwei Minister nicht über Zuständigkeiten einigen konnten. Der Mittelstand braucht sicherlich Kredite, entscheidender aber ist, dass er größeres Eigenkapital benötigt. Wir brauchen eine neue Steuerpolitik, damit der Mittelstand nicht so abhängig von Krediten ist, wie es gegenwärtig der Fall ist.

(Dr. Scholz (SPD): Deshalb haben wir die Steuerreform!)

Unternehmensgründungen, Grundlagenforschung, Forschungsverbünde zu innovativen Themen, zukunfts-trächtige Bereiche wie Biotechnologie oder Medizintechnik werden wir weiter massiv forcieren. Für Existenzgründer und ansiedlungswillige Firmen soll Bayern auch weiterhin erste Adresse bleiben.

Bayern als einer der wichtigsten Standorte für IuK in Europa soll auch im Bereich der elektronischen Verwaltung einen Spitzenplatz einnehmen. Wichtige Ansätze dazu sind zum Beispiel mit ELSTER, der elektronischen Steuererklärung, oder Solum Star, dem elektronischen Grundbuch, verwirklicht. Jetzt wollen wir in einem E-Government-Gesamtkonzept der Staatsregierung staatliche Dienstleistungen und Verwaltungsverfahren systematisch auf ihre Online-Fähigkeit prüfen und nach Möglichkeit darauf umstellen.

Besonders erfreulich ist die Bilanz des Beschäftigungspakts, der durchaus als Vorbild für das Bündnis für Arbeit auf Bundesebene dienen kann. Durch die Aktivitäten des Beschäftigungspakts sind innerhalb von vier Jahren mehr als 93 000 Arbeitsplätze neu entstanden.

(Prof. Dr. Gantzer: 10 000 weniger!)

Über 265 000 konnten gesichert werden. Gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften hat die Staatsregierung Probleme auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt angepackt. Ich nenne hier nur die erfolgreiche „Ausbildungsinitiative Bayern“, den Arbeitsmarktfonds und die berufliche Weiterbildung.

Hier wollen wir den Zugang zur Weiterbildung für alle Beschäftigungsgruppen verbessern und die erforderlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dazu haben wir mit den Partnern des Beschäftigungspakts ein

Gesetz zur beruflichen Weiterbildung verabredet, an dem gegenwärtig gearbeitet wird.

Ich freue mich, dass trotz widerstreitender Interessen und manch heftiger Diskussion dennoch immer wieder Konsens über die notwendigen Maßnahmen erzielt werden kann. Den Teilnehmern am Beschäftigungspakt – der Wirtschaft und den Gewerkschaften – danke ich dafür sehr herzlich.

Meine Damen und Herren, eine Zäsur, ein Schock für Landwirte und Verbraucher – das waren die ersten BSE-Fälle in Deutschland und Bayern. Verunsicherung der Verbraucher, massive wirtschaftliche Verluste für Bauern und Lebensmittelbetriebe waren die Folgen. Die Staatsregierung hat unverzüglich Konsequenzen für einen wirksamen Schutz der Verbraucher gezogen:

Mit dem Verbraucherschutz- und Gesundheitsministerium, das wir als erstes Land in Deutschland eingerichtet haben und das durchaus als Modell für Deutschland angesehen werden kann,

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein ziemlich schlechtes Modell!)

haben wir die Kompetenzen für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz gebündelt. Mit der Verbraucherinitiative Bayern für sichere Lebensmittel und gesunde Landwirtschaft verstärken wir die Kontrollen und die Informationsmöglichkeiten für Verbraucher, fördern wir die regionale Vermarktung und schaffen ein neues bayesisches Qualitätssiegel „Geprüfte Qualität“.

Mit den Maßnahmen und Hilfen sind wir unserer Verantwortung insbesondere gegenüber der schwer getroffenen Landwirtschaft gerecht geworden. Anders die Bundesregierung: Was für Künast eine grüne Wende, ist für viele Bauern das bittere Ende!

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung weiß, welche Bedeutung die bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern haben. Sie können sicher sein, dass wir alles in unserer Macht Stehende unternehmen, damit die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern Perspektiven hat.

Die Terrorangriffe des 11. September des letzten Jahres haben in ungemein drastischer Weise verdeutlicht, wie sehr Menschenleben, Familien, die Wirtschaft, eine ganze Gesellschaft auf den Schutz vor Terror, Verbrechen und Gewalt angewiesen sind. In kürzester Zeit wurden Menschenleben ausgelöscht, Familien zerstört, Arbeitsplätze vernichtet, eine Stadt gelähmt, eine Supermacht bis ins Innerste getroffen. Hier hat sich in einem Augenblick, für alle deutlich sichtbar, gezeigt, was sich sonst nur schleichend entwickelt und von vielen kaum wahrgenommen wird: Wie sehr grenzenlose Gewalt, Terror und Kriminalität eine Gesellschaft unterminieren, ja zerstören können, wie notwendig effizienter Schutz davor ist. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Das ist von Schily! – Maget (SPD): Ein Originalzitat!)

– Meine Damen und Herren, ich freue mich über jeden, der dazugelernt hat. Sie wissen, ich war viereinhalb Jahre Innenminister dieses Landes. Ich mag gar nicht daran denken, was damals der Politiker Schily von den GRÜNEN über die innere Sicherheit gesagt hat.

(Maget (SPD): Der lernt wenigstens dazu; das täte Ihnen auch gut!)

– Ich freue mich, dass hier Lernprozesse stattfinden, aber es wird immer noch zu wenig gelernt.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung hat die simple, aber essenzielle Wahrheit, dass Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar ist, immer beherzigt. Innere Sicherheit war immer unser Anliegen. Wir reagieren sofort auf neue Kriminalitätsentwicklungen. Gegen Kriminalität aller Art wird konsequent eingeschritten. Rechtsfreie Räume wurden und werden nicht geduldet. Unsere Polizei steht im Dienst am Bürger, und deshalb steht jede Bayerische Staatsregierung – und diese im besonderen Maße – zu ihrer Polizei. Unsere qualifizierte, hochmotivierte und engagierte Polizei ist der entscheidende Garant für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

Mit umfangreichen Maßnahmen wie der „Initiative Bayern Sicherheit“ setzen wir diese Grundsätze um, zum Beispiel mit Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen – diese haben wir gegen den Widerstand auch der Opposition durchgesetzt –, mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik und einem Datenverbund zwischen Polizei und Justiz, mit neu entwickelten Schutzwesten für die Polizei und mit der flächendeckenden Möglichkeit von Zeugenaussagen auf Video in Strafverfahren.

Innere Sicherheit erfordert sichere Justizvollzugsanstalten. Deshalb haben wir dort die Personalausstattung um 471 neue Planstellen aufgestockt und verstärken derzeit die bauliche wie technische Sicherheit.

Völlig neue Herausforderungen für die innere Sicherheit haben sich mit und seit dem 11. September 2001 ergeben. Die Antwort der Staatsregierung darauf lautet: „Sicherheitskonzept Bayern“. Insgesamt 890 neue Stellen für die Sicherheit in Bayern, davon 650 für die Polizei, Sonderprüfgruppen für Geldwäsche und zentrale Risikostellen sind nur Ausschnitte aus der Vielzahl der darin enthaltenen Maßnahmen. Insgesamt 200 Millionen € stehen ab dem Jahr 2002 für fünf Jahre zur Verfügung.

Aber: Für viele notwendige weitere Vorhaben ist nicht Bayern, sondern der Bund zuständig. Aber hier wurden und werden notwendige gesetzliche Regelungen abgelehnt, blockiert oder verschleppt. Der bayerische Vorschlag, Ausländer auszuweisen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für ihre Zugehörigkeit zu einer gewaltbereiten extremistischen Organisation bestehen, wurde abgelehnt. Vielleicht wird er jetzt erneut diskutiert werden. Wir halten an diesem Vorschlag fest, weil dies eine Maßnahme wäre, um die innere Sicherheit wesentlich besser zu gewährleisten, als dies derzeit möglich ist.

Bayerische Anträge, eine nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung vor allem für hochgefährliche Sexualstraftäter zu ermöglichen, wurden dreimal im Bundesrat abgelehnt. Das zeigt, wie viel markige Worte des Bundeskanzlers und seines Innenministers auch in dieser Frage wert sind, nämlich gar nichts. Vorher ankündigen, dass man Gewalttäter, die nicht mehr therapierbar sind, auf Dauer wegschließen will, und dann die entsprechenden Anträge ablehnen – das ist eine Politik, die man nicht akzeptieren kann.

(Beifall bei der CSU)

Der Erfolg der Sicherheitspolitik in Bayern beruht vor allem auf denjenigen, die sich tagtäglich mit Kriminalität und Gewalt auseinandersetzen, den Polizistinnen und Polizisten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz und im Justizvollzug. Ihre Arbeit verdient höchste Anerkennung.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, ich habe Ihnen heute eine solide Bilanz der Arbeit der Staatsregierung vorgelegt.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Wo bleibt Kirch?)

Umfragen zeigen, dass weit mehr als 50% – die letzte Umfrage des Bayerischen Rundfunks ergab 55% – der bayerischen Bevölkerung unserer Arbeit vollinhaltlich zustimmen. Das ist vor allem der engagierten, herausragenden Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Kabinett und der CSU-Fraktion zu verdanken. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, die Zahlen, die Sie täglich auf den Tisch bekommen, sollten Anlaß für Sie sein, Ihre destruktive Strategie zu überdenken, die Ihnen mit Sicherheit nicht weiterhilft und unsere deutliche Mehrheit weiterhin sichert.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist innovativ und sozial und deshalb erfolgreich. Wir sind stolz auf das, was alle Menschen in und für Bayern geleistet haben, stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben. Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten, dass Bayern eine gute, eine erfolgreiche Zukunft hat und dass Bayern ein Maßstab für viele Länder in Deutschland ist, der ihnen hilft, ihre Politik zu verändern und zu verbessern. Alles Gute, meine Damen und Herren!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kollege Maget, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Maget (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offenbar ist Not am Mann. Das ist die einzige Erklärung dafür, warum wir uns heute diese Regierungserklärung anhören dürfen. Diese Regierungserklärung war schon zur Mitte der Legislaturperiode angekündigt worden, wurde dann aber nicht abgegeben. Es ist dafür Zeit geworden; denn diese Woche und die letzten Wochen waren keine guten für Sie, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie mussten wieder zurück in den sicheren Hort des Bayerischen Landtags, wo eine stets zum Jubel und zu Ovationen bereite CSU-Fraktion den Weihrauchkessel schwenkt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Da fliegen keine Eier, sondern der Weihrauchkessel beherrscht das Bild.

(Gabsteiger (CSU): So ein Schmarrer! Alter Waaffer!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Gabsteiger, solche Äußerungen brauchen wir wirklich nicht.

(Widerspruch von Abgeordneten der CSU – Kaul (CSU): Was hat er denn gesagt?)

Verbalinjurien werden von hier oben unterbunden. Ich darf mir diesen Hinweis schon erlauben.

(Beifall bei der SPD)

Maget (SPD): – Das wird schon in Ordnung gehen.

Das Desaster um die Kirch-Gruppe und der damit verbundene Schaden für die bayerische Medienpolitik liegt erst eine Woche zurück. Das hat noch niemand vergessen, auch nicht die von Ihnen zitierten Zuschauer des Bayerischen Fernsehens. Dort haben 65 % der in Bayern befragten Bürgerinnen und Bürger die Auskunft gegeben, Sie seien an dieser Pleite mit schuld, Sie hätten das mit zu verantworten.

Die Menschen sehen das zu Recht so. Das schmälert die Chancen eines Kanzlerkandidaten. Das bringt Imageverlust, und das Prestige und die Kompetenzanerkennung des Bayerischen Ministerpräsidenten sind angeschlagen. Sogar der „Münchner Merkur“ schreibt dazu, Herr Ministerpräsident: „Wenn Stoiber so weitermacht, darf er sich im nächsten Jahr wieder ganz seiner weißblauen Idylle widmen.“

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Wunderbar, ich verstehe, dass Ihnen das auf den Magen schlägt.

(Zuruf des Abgeordneten Gabsteiger (CSU))

Die Umfragewerte zu Ihrer Person gehen in den Keller.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

Ja, so war das in den letzten Tagen. Mit jedem misslungenen Auftritt auf Bundesebene wird das immer schlimmer, und es wachsen die Zweifel in der Union, ob man wirklich den richtigen Kandidaten auf das Schild gehoben hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

Immerhin stellen wir heute eine Gemeinsamkeit fest: Sie haben einige Vorhaben für die bayerische Landespolitik aufgezählt, die Sie in den nächsten Monaten und Jahren verwirklichen wollen; Sie gehen mittlerweile also selbst davon aus, dass Sie bis zum Herbst 2003 bayerischer Ministerpräsident bleiben werden. Das ist eine Einschätzung, die wir uneingeschränkt teilen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Erkenntnis spricht im Übrigen auch für den Realitätssinn Ihrer Berater, die Ihnen neuerdings von einem TV-Duell mit Bundeskanzler Schröder abraten, das Sie anfangs so vollmundig eingefordert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer (SPD))

Früher hätten Sie am liebsten wöchentlich TV-Duelle ausgetragen, jetzt doch lieber gar keines mehr. Auch das spricht für einen gestiegenen Realitätssinn.

(Beifall bei der SPD)

Mit jeder Woche, die vergeht, wird klarer, dass Sie bei den von Ihnen erhobenen Forderungen immer neue Kapriolen schlagen nach dem Motto: einerseits und andererseits und irgendwie und sowieso.

Wo ist denn Ihre formidable Unterschriftensammlung, Herr Goppel, mit der Sie die Abschaffung der Ökosteuer fordern? – Wo sind denn die Unterschriften, die Sie angeblich zu Tausenden gesammelt haben? – Sie haben die Menschen getäuscht und angelogen.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

Sie haben den Menschen in Bayern gesagt, Sie würden die Ökosteuer wieder abschaffen. Dafür haben Sie die Unterschriften gesammelt.

(Lebhafter Widerspruch des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

Jetzt hätten Sie die Chance, dass Ihr Kandidat das wahr macht. Er rückt von dieser Forderung mittlerweile aber selbst ab, weil er genau weiß, dass das Unsinn ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

– Herr Goppel, dann bringen Sie die Unterschriftensammlung bei und erneuern Sie Ihre Forderung; dann wissen wir wenigstens, woran wir sind.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Atompolitik ist es das Gleiche. Natürlich ist es leicht, sich über Temelin zu erregen. Wir teilen die Einschätzung, dass es unverantwortlich ist, dieses Kernkraftwerk in der Tschechischen Republik in Betrieb zu nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

Die Frage ist: Wie glaubwürdig ist Ihr Protest gegen Temelin? – Die CSU ist die letzte Partei in Deutschland, die die Atomenergie weiterhin befürwortet.

(Mehrlich (SPD): So ist es! – Beifall bei der SPD – Kaul (CSU): Der Ansprechpartner ist der Bund, Sie haben nicht den Mut, das Trittin zu fragen!

Wie die letzten Mohikaner setzen Sie noch auf die Atomenergie. Sogar die Atomwirtschaft ist Ihnen von Bord gegangen.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen wird es damit wie mit Wackersdorf gehen. Sie werden diese Forderungen noch aufrecht erhalten in Zeiten, in denen die Industrie schon längst in der Wirklichkeit angelangt ist. Das ist eine Politik von gestern und von vorgestern.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Bedrohung Europas und die Sicherheitslage angesprochen. Natürlich sind die Zeiten schwieriger geworden, ist der internationale Terrorismus eine bedrohliche Herausforderung für unser Land. Natürlich machen in diesem Zusammenhang Kernkraftwerke den Menschen Angst. Jeder stellt sich vor, was passieren könnte, wenn ein Flugzeug den Schutzmantel eines Kernkraftwerkes durchschlägt.

In diesem Zusammenhang ist die Sorge gewachsen. Mit dem Festhalten an der Kernenergie ist keine vernünftige Energie- und Zukunftspolitik mehr zu machen ist.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kaul (CSU): Wo ist Ihre Alternative, Herr Kollege, erzählen Sie das mal!)

Deswegen sind wir in dieser Frage auf dem richtigen Weg, und Sie sind es nicht.

Bei der Steuerreform gehen Ihre Kapriolen weiter. Ich habe, ehrlich gesagt, immer noch nicht verstanden, ob Sie die Steuern senken wollen oder nicht.

Sie haben ebenso beklagt, dass die Kommunen Milliarden an Einnahmenverlusten zu beklagen haben. Mit Recht, das ist so.

(Dr. Bernhard (CSU): Was heißt „mit Recht“? Sie sind verantwortlich!)

Lassen Sie mich ausreden, vielleicht sind wir einer Meinung. Die Kommunen klagen mit Recht über Steuerausfälle. Die Kommunen stehen finanziell teilweise mit dem Rücken zur Wand. Das ist aber auch darauf zurückzuführen, dass man Steuern gesenkt hat. Das wollten wir auch, und dazu stehen wir auch. Wenn es den Kommunen in Bayern schlecht geht, dann ist das aber nicht die Schuld der Bundesregierung, sondern es liegt an der ungerechten Verteilung der Gelder hier im Freistaat Bayern. Das ist der Grund, von dem Sie ablenken wollen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von Abgeordneten der CSU)

Es gibt doch kein Land in Deutschland, in dem die Verteilung der Steuermittel zwischen den Kommunen und dem Land so ungerecht zu Lasten der Kommunen ausfällt wie hier in Bayern.

(Beifall bei der SPD – Güller (SPD): Kein anderes Bundesland behandelt seine Kommunen so schlecht! – Unruhe bei der CSU)

Beim Familiengeld geht es so weiter. Sie laufen mit Spenderhosen herum, benutzen gutklingende Formulierungen, die Ihnen aber keiner glaubt, denn Sie können nicht belegen, wie Sie das Familiengeld finanzieren wollen. Ihre Sozialministerin, Frau Stewens – leider ist sie im Moment nicht anwesend –, gibt auf die Frage, wie man Ihre formidablen Erziehungs- und Familiengelder finanzieren könnte, eine wunderbare Antwort. Sie sagt: Finanzierungsvorschläge zu machen, ist nicht die Aufgabe der Opposition. Wunderbar!

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn wir das so machen würden, Herr Kollege Glück, würde uns aber etwas passieren.

(Glück (CSU): Das ist eure Politik!)

Gerade bei der Familienförderung, meine Damen und Herren, die der Ministerpräsident heute in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärung gestellt hat, spekulieren Sie auf das kurze Gedächtnis der Menschen.

(Glück (CSU): Wir nicht, aber Sie!)

Sie hoffen, dass man vergessen hat, dass es Ihre Regierung war, die für ihre familienfeindliche Politik vom Bundesverfassungsgericht verurteilt worden ist. Sie waren das!

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in diesem Land 16 Jahre lang eine familienfeindliche Politik gemacht, für die Sie am Ende vom Bundesverfassungsgericht verurteilt worden sind. Das ist die Wahrheit. Das ist erst drei Jahre her, und wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen. Wir werden die Wählerinnen und Wähler daran erinnern.

Die Menschen in Deutschland und in Bayern haben Gott sei Dank auch noch nicht vergessen, zu Zeiten welcher Regierung es in Deutschland die meisten Arbeitslosen,

die höchsten Schulden und die höchsten Steuer- und Abgabenbelastungen in der Geschichte gab. Das war zu Ihrer Regierungszeit und nicht zu unserer.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch das Thema Landwirtschaft kurz streifen; denn auch dort spekulieren Sie auf die Vergesslichkeit der Menschen und der Landwirte. Nicht Frau Künast ist das Problem der Bauern, sondern Herr Miller. Herr Miller ist das Problem der Bauern in Bayern.

(Glück (CSU): Das sehen die Bauern aber ganz anders!)

Was Sie bei BSE und den schlimmen Machenschaften in der Schweinemast angerichtet haben, das hat einen Flurschaden in der bayerischen Landwirtschaft bewirkt. Den haben Sie zu verantworten und niemand sonst.

(Beifall bei der SPD)

Am Sonntag sind in Sachsen-Anhalt Landtagswahlen. Auch darüber werden wir kurz sprechen müssen, weil der Ministerpräsident auch dieses Thema angesprochen hat. Ich hätte gern mehr darüber gehört; denn früher hatten Sie, Herr Ministerpräsident, doch auch gute Vorschläge für die Menschen in Ostdeutschland parat. Ich erinnere an die Klage Bayerns und Baden-Württembergs gegen den Risikostrukturausgleich der Krankenkassen, der eine Politik der Entsolidarisierung mit den neuen Bundesländern bedeutet hätte.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere Sie, Herr Ministerpräsident, an Ihre eigene Regierungserklärung vom 4. Februar 1998 hier in diesem Hause. Damals haben Sie die Föderalisierung der Sozialversicherungssysteme zu Ihrem politischen Programm erhoben. Nach Ihren Vorstellungen – nur um Sie daran zu erinnern – sollten die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in der Höhe erhoben werden, wie die jeweilige Arbeitslosenrate in den einzelnen Bundesländern gewesen wäre. Das hätte dazu geführt, dass die Menschen in den Ländern besonders hohe Belastungen verkraften müssten, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Pfui!)

Ich habe darauf gewartet, dass Sie diese Forderung im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt erneuern würden.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall bei der SPD)

Gestern hat man Sie in „Phönix“ bei einer Wahlkampfkundgebung der CDU in Magdeburg sehen können, übrigens zu einer Zeit, als hier eine Plenarsitzung des Bayerischen Landtags stattgefunden hat. Auch das ist ein bemerkenswerter Vorgang.

(Glück (CSU): Glauben Sie denn, Herr Schröder hat damals in Niedersachsen im Landtag an einer Plenarsitzung teilgenommen! – Unruhe bei der CSU)

– Herr Kollege Glück, gut dass Sie danach fragen. Kollege Glück fragt, ob der damalige Ministerpräsident Schröder zu einem Zeitpunkt, als er Kanzlerkandidat war, im Niedersächsischen Landtag präsent war. Wir haben auf diese Frage gewartet und haben uns beim Landtagsamt in Niedersachsen erkundigt. Er war bis auf zweimal – einmal war er auf einer USA-Reise und einmal bei einer Ministerpräsidentenkonferenz – bei jeder Sitzung des Niedersächsischen Landtags anwesend. Bei jeder, Herr Kollege Glück!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von Abgeordneten der SPD: Hört, hört!)

So sieht das aus. Der bayerische Ministerpräsident aber entschuldigt sich noch nicht einmal, wenn er bei Plenarsitzungen fehlt und an Wahlkampfveranstaltungen der Union teilnimmt. Wenn er bei Sitzungen der Ministerpräsidentenkonferenz ist, dann ist er selbstverständlich für Sitzungen hier entschuldigt ist. Er ist aber gewählter Ministerpräsident Bayerns, dafür wollen ihn die Bürgerinnen und Bürger Bayerns auch arbeiten sehen. Dafür wird er auch bezahlt, nicht aber für Wahlkampfauftritte anderswo.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgesehen davon ist Herr Stoiber auch Abgeordneter dieses Hauses und wird auch dafür entlohnt. Nach unserem Abgeordnetengesetz besteht eine gewisse Verpflichtung, hier als Abgeordneter tätig zu sein.

(Güller (SPD): So ist es!)

Ich komme auf Ostdeutschland zurück. Es ist nur schade, dass Sie, Herr Stoiber, in bayerischen Bierzelten anders reden als auf ostdeutschen Marktplätzen. Das ist wirklich schade, denn da gibt es große Unterschiede.

(Beifall bei der SPD – Frau Radermacher (SPD): Das ist beschämend!)

Hier in Bayern schimpfen Sie darüber, dass zu viel Geld in die neuen Bundesländer fließt. Dort aber laufen Sie in Spendierhosen herum und versprechen immer neue Milliarden-Programme. Auch das muss man den Menschen in Bayern und in Ostdeutschland sagen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung das Thema Zuwanderung angesprochen. Dabei haben Sie flugs unwahre Behauptungen aufgestellt.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): So ist es!)

Ihre unwahre Behauptung lautet: Mit dem Zuwanderungsgesetz würden Tür und Tor aufgemacht, damit Hunderttausende von Ausländern in unser Land hereinstören könnten.

(Allgemeine Unruhe)

Das ist Ihre – und das sage ich bewusst – verlogene Behauptung.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Und so ein Mann nennt sich christlich! – Frau Dr. Baumann (SPD): Da sollte man das „Christlich“ aus dem Namen streichen!)

Das wird von Ihnen einfach behauptet. Sie stellen das wissenschaftlich falsch dar. Das tun Sie aus einem einzigen Grund: Sie wollen das Thema Ausländer in diesem Wahlkampf haben. Das ist der einzige Grund, und deshalb nehmen Sie es mit der Wahrheit nicht so genau.

Sie sagen, wir müssten die Integrationskraft unseres Landes im Auge behalten. Das ist richtig. Sie sagen, wir müssten die ausländischen Menschen, die zu uns gekommen sind, besser integrieren. Das ist richtig. Sie sagen, die ausländischen Kinder und Jugendliche müssten besser Deutsch können. Das ist richtig. In den letzten Jahren haben wir versucht, alles das in Bayern zu verbessern. Wir haben Ihnen jahrelang Vorschläge unterbreitet, wie man die Integration der bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger konkret verbessern könnte. Sie wollten das alles nicht wissen. Sie haben das alles jahrelang abgelehnt.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt beklagen Sie das Unheil, das Sie selbst angerichtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Für das Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung gibt es eine breite Zustimmung, weil zwei entscheidende Punkte gut berücksichtigt sind: erstens die Erfüllung humanitärer Verpflichtungen unseres Landes und zweitens die gezielte Öffnung für qualifizierte Arbeitskräfte unter Berücksichtigung der Integrationskraft unseres Landes. Ihr demagogischer Versuch, deutsche Arbeitslose gegen ausländische Arbeitnehmer in Stellung zu bringen, ist unanständig, und er ist auch unchristlich.

(Beifall bei der SPD)

Nach dieser Regierungserklärung sollten Sie zum Beichten gehen. Im Übrigen ist der Versuch auch gerade gegenüber der bayerischen Wirtschaft ökonomisch verantwortungslos. Mit Schreiben vom 22. März dieses Jahres hat uns der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Handwerkskammer, unser Parlamentskollege Traublinger, das Positionspapier des bayerischen Handwerks zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern übersandt. Dort wird gefordert, den Abschnitt Arbeitsmarktfachkräfte um folgende Sätze zu ergänzen – Zitat Herr Kollege Traublinger:

Die Entwicklung der Bevölkerung in Bayern und die absehbare Orientierung des Nachwuchses lässt die Tendenz erkennen, dass sich zunehmend ein Mangel an Fachkräften, insbesondere im gewerblichen Bereich, abzeichnet. Finden die Betriebe nicht entsprechende Fachkräfte im Inland, so sind alle Potenziale auszuschöpfen, den Fachkräftemangel

auch durch die Beschäftigung auswärtiger Mitarbeiter zu begegnen.

Wollen Sie allen Ernstes den Unternehmen im Großraum München, dessen Wachstum entscheidend dazu beiträgt, dass es vergleichsweise gute Durchschnittszahlen in Bayern bei der Arbeitslosigkeit gibt, tatsächlich sagen: Wenn ihr nicht in der Lage seid, die offenen Stellen mit händeringend gesuchten Kräften zu besetzen, müsst ihr eben auf die Besetzung dieser Stellen und auf das damit verbundene Wirtschaftswachstum verzichten. Wollen Sie das wirklich sagen?

(Zuruf des Abg. Dr. Beckstein (CSU))

Wollen Sie denen wirklich sagen: Mein Wahlkampfauftritt, mein Wahlkampfthema ist mir wichtiger als die berechtigten Anliegen der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Bevölkerung? Wollen Sie das wirklich?

(Beifall bei der SPD – Dr. Beckstein (CSU): Die Osterweiterung muss berücksichtigt werden!)

Ein wirklich wirtschaftskompetenter Ministerpräsident, Herr Kollege Dr. Beckstein, wüsste, dass Bayern seine unbestrittenen wirtschaftlichen Erfolge nicht zuletzt den Menschen verdankt, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu uns nach Bayern gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wunder, Herr Dr. Stoiber, dass Ihnen Roland Berger als Ihr Wunsch-Wirtschaftsminister postwendend einen Korb gegeben hat. Kein Wunder!

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Er sollte lieber Kirch nehmen!)

Dabei ist die wirtschaftliche Situation Bayerns gewiss nicht schlecht. Wer würde das bestreiten? – Auch ich anerkenne ausdrücklich, dass Bayern eine gute ökonomische Basis hat. Wir hatten es leichter beim Strukturwandel – wenig Kohle, wenig Stahl, keine Werften. Wir hatten es leichter, weil der Bund kräftig mitgeholfen hat und die anderen Bundesländer übrigens auch.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): 38 Jahre lang!)

Sie verschweigen zum Beispiel, Herr Kollege Glück, dass 40 % der Forschungsförderung des Bundes zu uns nach Bayern kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Glück (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU)

Das ist gut, das sollten wir loben. Dafür sind wir dankbar. Das hilft uns.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten es auch leichter, weil wir fast 5 Milliarden € Privatisierungserlöse zur Verfügung hatten. Natürlich macht das die Entwicklung des Landes leichter und besser. Ich bestreite das nicht.

(Freiherr von Redwitz (CSU): Niedersachsen könnte das auch!)

– Niedersachsen hat sich anders entschieden. Niedersachsen behält seine Anteile an Volkswagen und

(Freiherr von Redwitz (CSU): Und fördert die Wirtschaft nicht!)

weiß das auch zu begründen. Es ist eine Entscheidung des jeweiligen Landes, und es spricht vieles für das eine wie für das andere. Das wissen Sie genau.

(Zuruf des Abgeordneten Willi Müller (CSU))

Schauen Sie sich an, was aus Viag geworden ist, und denken Sie darüber nach, ob es richtig war, sich ganz herauszuziehen.

(Beifall bei der SPD – Frau Biedefeld (SPD): Das war ein riesiger Fehler!)

Was ist denn aus Ihrer industriepolitischen Heldentat Viag geworden? Wo ist das Bayernwerk? – Weg ist es.

(Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Redwitz (CSU))

Wo ist die SKW Trostberg AG? – Die blauen Schilder sind abgeschraubt worden, und Degussa hat das Sagen.

(Glück (CSU): Aber die Arbeitsplätze sind da!)

Viag-Intercom, die große Perle der Kommunikationsindustrie in München, muss betriebsbedingte Kündigungen aussprechen

(Glück (CSU): Wirklich keine Ahnung!)

und ist heute eine Unterabteilung einer Londoner Vorortfirma. So schaut es aus. Das ist aus Viag geworden. Das war eine Übernahme durch Veba – sonst nichts.

Man kann sich so oder so entscheiden. Die Privatisierungserlöse haben dem Land geholfen; daran gibt es gar keinen Zweifel. Vieles konnte dadurch finanziert werden.

(Dr. Scholz (SPD): Und im Haushalt eingesetzt werden!)

Ich bestreite das nicht. Ich freue mich darüber, und ich bin stolz darauf, in Bayern leben und arbeiten zu können. Vieles von dem, was erreicht wurde, sind echte Gemeinschaftsleistungen. Erst in dieser Woche konnten wir uns richtig über eine solche Gemeinschaftsleistung freuen.

(Glück (CSU): Aber ihr habt wenig dazu beigetragen! – Gegenruf des Abgeordneten Franzke (SPD): Vorsicht, Herr Glück!)

Ich meine das Medienzentrum in München, die Zuteilung wichtiger Spiele der Fußballweltmeisterschaft. Das ist ein Gemeinschaftserfolg, lieber Herr Kollege Glück, des Bundes, des Landes und der Städte München und Nürnberg. Niemand bestreitet das.

(Beifall bei der SPD)

Das schafft eine tolle Perspektive für unser Land und unsere Stadt. Das sozialdemokratische München muss wieder herausholen, was

(Lachen bei der CSU)

man medienpolitisch im Freistaat Bayern versaubert hat. So sieht es aus.

(Heiterkeit bei der SPD – Kaul (CSU): Da lacht ganz Bayern, nicht nur München!)

Ich gehe aber nicht soweit, sondern sage, dass es eine Gemeinschaftsleistung war.

(Willi Müller (CSU): Gegen Flughafen, gegen Messe, gegen Transrapid!)

Das war kein Erfolg von Ude allein. Das war kein Erfolg des Bürgermeisters Scholz in Nürnberg allein. Das war kein Erfolg allein von Beckenbauer, und das war kein Erfolg allein von Stoiber. Wir haben es hier aber mit einer Besonderheit zu tun, und das ist das Bemerkenswerte: Gemeinschaftserfolge, Herr Ministerpräsident, dürfen um keinen Preis gemeinsam gefeiert werden. –

(Beifall und Lachen bei der SPD)

Um keinen Preis! Wenn schon die Fehler von den Einzelnen auszubaden sind – im Fall Kirch von Herrn Wiesheu –, müssen auch die Erfolge von einem Einzelnen gefeiert werden dürfen – nämlich von Ihnen. Das ist doch lächerlich. Ihr Wirtschaftsminister hatte als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Münchner Messe gemeinsam mit seinem Stellvertreter, dem Münchner Oberbürgermeister, für Dienstag 11.00 Uhr eine Pressekonferenz einberufen. Es war schon eingeladen. Aber das durfte nicht sein, weil nur Sie einen Erfolg verkaufen dürfen. Deshalb musste Herr Wiesheu die Gäste wieder ausladen, damit Sie alleine das machen können. Das Strahlen darf nur allein über Ihrem Haupt erfolgen. Ich finde, dass das eine lächerliche Wichtigtuerei ist. Was wäre denn geschehen, wenn Sie Ihren Parteifreund, den Nürnberger Oberbürgermeister Scholz, der nur wenige hundert Meter von Ihnen entfernt war, dazugeladen hätten? – Sie hätten ganz wunderbar ein großartiges Ergebnis für unser Land gemeinsam vertreten können.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Wiesheu? – Herr Dr. Wiesheu, bitte.

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Kollege Maget, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Einladung zu der Pressekonferenz zu diesem Zeitpunkt noch nicht herausgegangen war?

(Lachen bei der SPD)

– Moment! Der Termin war zwar vorabgestimmt, diese Vorabstimmung ist aber – aus welchen parteitaktischen Gründen auch immer – von Oberbürgermeister Ude

vorab veröffentlicht worden. Eine Einladung ist nur für den Nachmittagstermin um 14.30 Uhr erfolgt.

(Lachen bei der SPD – Prof. Dr. Gantzer (SPD): Ein echter Fallschirmjäger!)

Maget (SPD): Feuerwehrmann Wiesheu, als Leser der „Münchner Rathausumschau“ habe ich am Montag diesen Termin zur Kenntnis genommen.

(Dr. Wiesheu (CSU): Aber die Einladung war noch nicht draußen!)

– Die „Münchner Rathausumschau“ ist die Einladung an die Presse. Daraus informieren sich die Münchner Journalisten über die Ereignisse eines jeweiligen Tages. Für 11.00 Uhr war nun einmal zu einer Pressekonferenz mit Ihnen eingeladen, was ich auch gut fand. Ich finde es auch hervorragend, was der Freistaat Bayern gemeinsam mit dem Bund und der Stadt München auf diesem Gebiet leistet. Das ist gut für den Standort Bayern. Es muss wohl aber ein schlimmer Druck auf Herrn Ministerpräsidenten Stoiber lasten, dass er immer der Erste und Beste sein muss. Das ist hart.

(Lachen bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? – Bitte schön, Herr Kollege Dr. Wiesheu.

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Kollege Maget, sind Sie dann bereit, sich dahin gehend zu korrigieren, dass die Einladung in der „Münchner Rathausumschau“ nicht von mir stammte, sondern von Herrn Oberbürgermeister? Wenn der Oberbürgermeister vorab einen Termin herausgibt, der noch nicht abgestimmt ist, dann ist es zum einen sein Problem und zum anderen aus irgendeinem guten Grund auch seine Masche. Sie stellen hier aber den Sachverhalt – –

(Zurufe von der SPD: Fragen! Fragen!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Dr. Wiesheu, Sie müssen fragen!

Dr. Wiesheu (CSU): Meine Damen und Herren, darf ich Herrn Maget fragen, ob er bereit ist, sich dahin gehend zu korrigieren?

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Eine kleine Zwischenintervention ist auch möglich.

Maget (SPD): Herr Kollege Dr. Wiesheu, wenn es Ihnen hilft und damit Sie nachher von Ihrem Chef nicht zu sehr geschimpft werden, bin ich gerne bereit zu bestätigen, dass es sich um eine Einladung der Landeshauptstadt München und nicht um eine Einladung Ihres Ministeriums gehandelt hat.

(Dr. Wiesheu (CSU): So ist es! – Frau Radermacher (SPD): Das ändert doch nichts am Sachverhalt!)

Das bestätigte ich Ihnen gerne, aber ich weiß nicht, ob es etwas am Sachverhalt ändert.

(Beifall bei der SPD – Hofmann (CSU): Das heisst aber, dass Sie die Unwahrheit gesagt haben! – Zurufe von der SPD: Aufpassen! – Frau Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein sehr komplizierter Sachverhalt!)

– Herr Kollege Hofmann, es muss schon schlimm um Sie stehen.

Dabei gibt es doch genügend Gemeinschaftsprojekte, auf die man stolz sein kann und welche auch wir anerkennen. Herr Ministerpräsident hat den Beschäftigungspakt Bayern angesprochen. Wir begrüßen diesen Beschäftigungspakt uneingeschränkt.

(Glück (CSU): Seit wann denn?)

Ich habe bei der 50-Jahrfeier der LfA, welche Herr Stoiber auch angesprochen hat, erlebt, wie Herr Rodenstock und Herr Schösser auf der Bühne über die wirtschaftliche Situation in Bayern diskutiert und konstruktiv miteinander versucht haben, die Probleme in Bayern zu lösen und die Entwicklung voranzutreiben, was ihnen auch gelingt. Dafür verdienen die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände in Bayern großes Lob und Anerkennung.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch, dass die Politik ihre Moderatorenrolle ernst nimmt und vernünftig durchführt. Das bestreite ich nicht, sondern das erkenne ich an. Leider wurde dieser Beschäftigungspakt aber von einem Versprechen des Herrn Ministerpräsidenten völlig überfrachtet.

(Glück (CSU): Schon wieder die Unwahrheit!)

– Ich habe ihn doch dabei. Im Beschäftigungspakt heisst es: Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit in Bayern bis Ende 2000 zu halbieren. Von diesem Ziel sind wir allerdings um Lichtjahre entfernt. Es wäre vernünftiger gewesen, ein realistischeres Ziel zu nennen.

(Hoderlein (SPD): Wann ist das geschrieben worden?)

– Soweit ich weiß, ist das 1996 formuliert worden.

(Glück (CSU): Dazu werde ich gleich Stellung nehmen!)

Sie werden wahrscheinlich sagen, es wäre auch vernünftiger gewesen, wenn der Bundeskanzler bei seiner Perspektive zu den Arbeitslosenzahlen ein realistischeres Ziel vorgegeben hätte. Damit hätten Sie auch Recht; es wäre wirklich vernünftiger gewesen. Das Bündnis für Arbeit ist aber erst dem Bundeskanzler in Berlin gelungen. Dem früheren Bundeskanzler Kohl ist ein solches Bündnis nie gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Solange Sie regiert haben, hat es in Deutschland kein Bündnis für Arbeit gegeben. Erst jetzt gibt es das. In diesem Bündnis für Arbeit sind aber viel schwierigere Themen zu bewältigen als im Beschäftigungspakt Bayern.

Sie haben vom Arbeitsmarkt gesprochen. Wir vermissen Ihre konkreten Vorstellungen dazu. Es reicht nicht, immer nur zu sagen, der Arbeitsmarkt müsse dereguliert werden. Was meinen Sie damit? Wollen Sie den Kündigungsschutz abschaffen?

(Zurufe von der SPD: Berlusconi!)

Wollen Sie den Flächentarifvertrag beseitigen? – Ja oder Nein? Wollen Sie neuerlich die Axt an die Lohnfortzahlung anlegen? – Ja oder Nein? Wollen Sie jetzt das 630-Mark-Gesetz tatsächlich wieder zurücknehmen oder nicht?

(Ministerpräsident Dr. Stoiber: Ja!)

– Das wollen Sie. Wunderbar, zum ersten Mal eine definitive Auskunft. Jetzt sagen Sie uns bitte auch noch, wo Sie die 2,7 Milliarden € hernehmen wollen, die dafür aufgebracht werden müssen. Wo ist Ihr Finanzierungsvorschlag?

Wollen Sie bei der Scheinselbständigkeit tatsächlich wieder dazu zurück, dass einem Kellner im Lokal zehn Tische zugewiesen werden mit dem Hinweis, er sei dann ein selbständiger Unternehmer, damit der Wirt seine Sozialabgaben sparen kann? Sind das die Perspektiven, die Sie für Deutschland haben?

Meine sehr geehrte Damen und Herren, mit Freuden haben wir heute vernommen, dass für die CSU-Staatsregierung tatsächlich – ich zitiere – „die gleichwertige Entwicklung aller Landesteile in Bayern an oberster Stelle steht“.

(Zurufe von der SPD: Mein Gott!)

Das ist eine Neuigkeit, leider aber nicht die Wahrheit! Die Wahrheit heisst nämlich leider, dass sich während Ihrer Regierungszeit die regionalen Unterschiede in Bayern nicht verringert, sondern deutlich vergrößert haben. Der Unterschied zwischen der Wirtschaftskraft der Region München und jener der Region Oberfranken war noch nie so groß wie heute. Ich weiß, dass Sie diese Aussagen nicht gerne hören. Sie versuchen lieber alles, um diese Tatsachen zu bestreiten. Das wird Ihnen aber schon deshalb nicht gelingen, weil die Menschen in Oberfranken, in der nördlichen Oberpfalz oder im Bayerischen Wald es besser wissen.

(Willi Müller (CSU): Die letzten Wahlen haben es auch gezeigt!)

München ist eine Konjunkturlokomotive, und das ist gut so. Sie steht unter Dampf, und das ist auch gut so. München wird diesen Erfolgskurs fortsetzen. Die anderen Landesteile sind die Anhänger, die mit gleicher Geschwindigkeit mitgezogen werden müssen und nicht

aufs Abstellgleis gefahren werden dürfen. Genau darin haben Sie mit Ihrer Regionalpolitik versagt.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Versagen wird zunehmend auch bundesweit bekannt. Außerhalb Bayerns merkt man, dass unser Land nicht nur aus München, sondern aus vielen Regionen besteht, die zwar keine Armenhäuser und keine Armutsregionen sind – das haben wir auch nie behauptet –, die aber in einen Rückstand geraten sind und es nicht verdient haben, vergessen und an den Rand gerückt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Offenbar hat der Bayerische Ministerpräsident mittlerweile selbst ein schlechtes Gewissen. Akribisch hat er die spärlichen Regionalprogramme aufgelistet. Er hat aber vergessen, die tatsächlichen Benachteiligungen zu erwähnen, für die wir immer wieder den Beweis erbracht haben. Von den steuerstärksten Gemeinden Bayerns liegt die Hälfte in Oberbayern. Von den wachstumsstärksten Unternehmen Bayerns sind über 50% allein in München angesiedelt. Der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife ist in Oberbayern am höchsten und deutlich höher als in allen anderen Regierungsbezirken. Von den zwölf technologieorientierten Gründerzentren in Bayern befinden sich sieben in Oberbayern, keines davon in Niederbayern, keines in Oberfranken und keines in der Oberpfalz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, entscheidend bei der Verteilung von Lebenschancen ist aber weniger die Wirtschafts-, sondern die Bildungspolitik. Über Bildung werden Lebens- und Zukunftschancen verteilt. Übrigens läuft auch das in Bayern regional ungerecht und auch sozial ungerecht. Die Pisa-Studie hat ergeben, dass in Bayern immer noch die Herkunft der Kinder für ihre Bildungs- und für ihre Lebenschancen ausschlaggebend ist. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD – Glück (CSU): Das ist in anderen Bundesländern nicht anders!)

– Dass das in anderen Bundesländern nicht anders ist, macht die Sache nicht besser, Herr Kollege Glück.

Den Oberhammer zu diesem Thema hat der bayerische Ministerpräsident heute geliefert und folgenden bemerkenswerten Satz formuliert: „Bildung ist keine Bringschuld des Staates.“

(Heiterkeit bei der SPD – Frau Radermacher (SPD): Wenn Sie, Herr Stoiber, das sagen! – Weitere Zurufe von der SPD: Das ist erbärmlich!)

Das ist ein bemerkenswerter Satz! Bildung ist keine Bringschuld des Staates – das muss man sich einmal vorstellen! Es ist die vornehmste Aufgabe des Staates, den Kindern Bildung zu bringen! Das ist Ihr Job!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, selbstverständlich! Dafür sitzen Sie hier. Wollen Sie es wirklich jedem selber überlassen, ob er etwas lernt und ob etwas aus ihm wird? Man muss ihm doch helfen.

(Zuruf von der CSU: Helfen schon!)

Man muss ihm doch die schulischen Angebote zur Verfügung stellen. Es ist eine Bringschuld des Staates, Bildung bereitzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sonst könnten Sie doch die Schulpflicht abschaffen, wenn Sie das konsequent bis zum Ende weiterdenken.

(Dr. Jung (SPD): Nur für die Reichen Bildung, für die Armen nichts!)

Ich freue mich, dass wir heute Gelegenheit haben, mit dem Ministerpräsidenten über bayerische Bildungs- und bayerische Familien- und Kinderpolitik zu diskutieren. Das ist längst überfällig. Das ist auch spannend; denn bei diesem Thema gibt es in der Tat die deutlichsten Unterschiede zwischen uns. Man kann das auch an Formulierungen festmachen. Der bayerische Ministerpräsident beschreibt sein Familienbild mit folgender Formulierung:

(Dr. Jung (SPD): Die Frau gehört an den Herd!)

„Wir wollen für die Frauen die Wahlfreiheit zwischen häuslicher Tätigkeit, zwischen Familie und Beruf.“ Die Wahlfreiheit!

(Dr. Jung (SPD): Er meint etwas anderes!)

Wissen Sie, was entscheidend ist? – Es ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die entscheidend ist.

(Beifall bei der SPD)

Jede Frau hat selbstverständlich die Möglichkeit – und jeder Mann auch! –, zu Hause zu bleiben, Kinder zu erziehen, den Haushalt zu organisieren. Es ist eine großartige Leistung, die dort vollbracht wird. Wir reden das nicht gering. Ich respektiere das und schätze den Einsatz von Frauen und Männern, die häusliche Arbeit leisten, sehr hoch ein. Aber der Wunsch der meisten jungen Frauen und Männer ist es eben nicht, sich zwischen Beruf und Familie entscheiden zu müssen, sondern beides unter einen Hut bringen zu können. Das ist doch der entscheidende Punkt, den Sie aber leider noch nicht begriffen haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Glück (CSU))

Nicht Wahlfreiheit zwischen zwei Alternativen, Herr Glück, sondern Vereinbarkeit von beidem – das ist der entscheidende Punkt. Das haben Sie nicht begriffen, und das merken die Familien in Bayern, und zwar daran, dass es in keinem Bundesland in Deutschland so wenige Kinderbetreuungseinrichtungen gibt wie bei uns. Sie haben Bayern auf dem Gebiet der Kinderbetreuung auf den allerletzten Tabellenplatz in Deutschland gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für Krippen, das gilt für die Nachmittagsbetreuung, und das gilt insbesondere für die Ganztagschulen, die wir aus pädagogischen und sozialen Gründen für zukunftsorientiert halten.

Nicht überall! Auch hier bauen Sie wieder einen Popanz auf, den Sie nachher abwatschen wollen. Wir haben nicht gesagt, dass alle Schulen Ganztagschulen sein sollen. Wir haben nicht gesagt, dass es überall nur Ganztagschulen geben soll. Aber wir haben gesagt, dass für die Kinder und für die Familien, die eine Ganztagschule wollen und auch brauchen, endlich eine zur Verfügung gestellt werden soll. Das ist überfällig.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Langsam scheinen Sie es zu begreifen. Es war wunderbar, aus dem Munde des Ministerpräsidenten heute den Begriff „Ganztagschulen“ zu hören. Früher war das doch für Sie Teufelszeug.

(Zuruf von der SPD)

Was haben Sie hier geschimpft! Darf es denn wirklich wahr sein, dass die Familien in Bayern erst jahre- und jahrzehntelang warten müssen, bis Sie endlich zu besserer Einsicht kommen? Was hat Sie denn Ihre Tochter gefragt, als sie einen Krippenplatz brauchte? Hat sie Sie einmal gefragt: Vater, warum gibt es in Bayern eigentlich keine Krippenplätze für mich?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Jung (SPD))

Jetzt endlich spricht sich das offenbar auch in Ihren Familien herum, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir können es uns nicht leisten, auch nur eine einzige Begabung in unserem Land brachliegen zu lassen oder nicht zu berücksichtigen, weil die Eltern nicht über das notwendige Einkommen verfügen oder weil sie einer unterprivilegierten Schicht entstammen. Damit bin ich beim Kapitel Sozialpolitik, das Sie ebenfalls angesprochen haben. Ich erinnere mich an die Zeit, als ich Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses war. Damals haben wir uns, haben Sie sich endlich durchgerungen, einen Sozialbericht für Bayern zu erstellen – auch dies nach jahrelangem Widerstand. Dieser Sozialbericht gibt fürwahr ein breites sozialpolitisches Betätigungsfeld. Ich hätte heute gerne von Ihnen gehört, was Sie tun wollen, um die Situation der Pflegebedürftigen in unserem Land endlich zu verbessern. Kein Wort dazu!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte gerne gehört, was Sie tun wollen, um die soziale Lage der kinderreichen Familien endlich zu verbessern.

Auf einen einzigen Punkt sind Sie erfreulicherweise eingegangen, nämlich auf die Behindertenpolitik. Ihrem Lob für die bayerische Behindertenbeauftragte Frau Stein schließe ich mich ohne jede Einschränkung an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihr größtes Verdienst ist es, Sie ständig wachzurütteln. Damit hat sie allerdings alle Hände voll zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben jetzt zum wiederholten Male angekündigt, dass es doch ein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung in Bayern geben soll. Ich freue mich darüber, dass es jetzt endlich gelingt, eine Gesetzesinitiative der SPD, die Kollegin Steiger schon vor drei oder vier Jahren eingebracht hat, auch auf Ihren Tisch zu befördern und endlich zum Erfolg zu verhelfen. Frau Sozialministerin Stamm hat über Jahre bestritten, dass es eines solchen Gleichstellungsgesetzes überhaupt bedarf. „Wir brauchen das nicht in Bayern“, war die Aussage Ihrer Regierung. Aber jetzt hat die Bundesregierung in Berlin ein solches Gleichstellungsgesetz verabschiedet und jetzt haben Sie Angst, vor den Behinderten in Bayern Ihr Gesicht zu verlieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Grund dafür, dass Sie jetzt auch auf diesem Gebiet nach Jahren der Ablehnung und nach Jahren der Verweigerung endlich zu einem vernünftigen Ergebnis kommen. Ich hoffe zumindest, dass es nicht wieder bei der Ankündigung bleibt, sondern dass wir dieses Gesetz in dieser Legislaturperiode noch erleben dürfen.

Damit komme ich zum Schluss.

(Zuruf von der CSU: Das ist gut so!)

Bayern ist ein großartiges Land – trotz seiner Regierung.

(Zurufe von der CSU)

Vor wenigen Wochen haben wir – leider in Abwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten – den Bericht der Enquete-Kommission Föderalismus hier diskutiert. Dieser Bericht enthält eine Vielzahl konkreter Vorschläge und Empfehlungen für die Sicherung der Eigenstaatlichkeit der Länder in einem zunehmend integrierten Europa, für dringend notwendige Reformen in den Beziehungen zwischen Bund und Ländern und zwischen dem Freistaat und seinen Kommunen. Da haben Sie alle Hände voll zu tun. Nach außen hin immer den Föderalisten spielen, nach innen aber zentralistisch wie kein anderer – das kann auf Dauer so nicht bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben bei dieser Debatte leider gefehlt, obwohl diesen Themen vor Ihrer Zeit als Kanzlerkandidat Ihr besonderes Interesse gegolten hat. Auch in Ihrer Regierungserklärung ist kaum die Rede davon. Ihre Regie-

rungserklärung ist ein schönes Beispiel dafür, dass man nicht erst Kanzler sein muss, um Länderinteressen nachrangig hinter Bundesinteressen anzusiedeln. Bei Ihnen reicht dafür schon der Kandidatenstatus aus.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger aber auch künftig das Vertrauen haben sollen, dass Parlament und Regierung in der Lage sind, die für Bayern richtigen Zukunftsentscheidungen in eigener Verantwortung zu treffen, dann müssen die Reform des Föderalismus in Deutschland und die Neuordnung der Zuständigkeiten in Europa Schwerpunkte unserer Arbeit sein. Ich hoffe, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass wir Sie dafür und für die anderen Themen nach dem 22. September wieder als tatkräftigen Mitstreiter hier im Haus an unserer Seite haben werden.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl. Bitte schön.

Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Wie müssen trotz neuester Kabeltechnik in der Staatskanzlei die Telefondrähte geglüht, die Faxgeräte durchgedreht und die Handys auf den Nachtkästchen allzeit bereiter Staatsbeamter geklingelt haben! Denn es musste ein Heiligenschein wiedergefunden werden, der verloren gegangen war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Hölzl (CSU): Falsch!)

Kaum war die Sondersitzung zum Kirch-Desaster, der größten deutschen Nachkriegspleite, letzten Dienstag um 20 Uhr vorbei,

(Hölzl (CSU): Wieder falsch!)

haben die Fraktionen die Nachricht bekommen, dass der Herr Ministerpräsident wieder eine Regierungserklärung abzugeben gedenkt. Uns hat das eigentlich nicht sonderlich erstaunt; denn nach diesem Dienstag war uns klar, dass er sie braucht. Denn an diesem Dienstag durfte über die Medien auch dem letzten Wähler und der letzten Wählerin klar geworden sein, dass hier ein Ministerpräsident mit erkennbaren politischen Defiziten spricht. Das muss aus PR-Sicht natürlich überblendet werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Heute inszenieren Sie den x-ten Akt der Selbstbeweihräucherung, und ich sage Ihnen: Wenn Sie sich wie nichtstaatliche Theater, die ein anspruchsvolles Programm bieten, selbst finanzieren müssten, wäre dieses Haus auf jeden Fall schon geschlossen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nach dieser Regierungserklärung wird die Staatskanzlei feststellen müssen, dass man den Heiligenschein nicht wiederfinden kann. Er ist tatsächlich weg. Wir fragen uns natürlich: Wann hat er ihn überhaupt zuletzt getragen, der Herr Ministerpräsident? War das beim Dorfhelferinnenskandal und bei C.A.R.M.E.N., als die politische Kontrolle versagte? War es beim LWS-Skandal, als er die LWS trotz gegenteiliger Ratschläge von Fachleuten zu Verlustgeschäften im Osten drängte? Strahlte der Heiligenschein noch, als seine Brüder im Geiste beim Krisenmanagement zum Deutschen Orden bedient werden sollten? Sah man ihn auf dem Kopf des Ministerpräsidenten zu BSE-Zeiten oder nach dem 11. September, als es um die Wahrung der Bürgerrechte ging? – Sicher bin ich mir nur: Bei der Kirch-Pleite hatte er ihn nicht mehr auf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Schein trog, und zu behaupten – wie heute wieder –, man habe einen, genügt nicht.

Als Bilanzprüfer und Bilanzprüferinnen von Herrn Stoibers Politik haben wir schon immer genau hingesehen, ob das, was uns in Bayern als innovativ und sozial und erfolgreich verkauft werden soll – leider selten genug als sozial –, tatsächlich diesen Behauptungen entspricht oder ob es sich vielleicht doch um aufpolierte Scheinargumente handelt. Können Sie sich noch an die Rinderhälftenlieferung nach Russland erinnern? Was ist denn eigentlich aus denen geworden? Ich kann mich daran erinnern, dass man das damals ziemlich zelebriert hat, um die Fleischpreise zu halten. Oder können Sie sich noch an die Blue Card erinnern? Mein Gott, was für einen Zinnober hat man gemacht, um sie als Pendant zur Green Card einzuführen! Gibt es sie überhaupt noch? Oder erinnern Sie sich noch an die Asyl Card? Man hat uns weisgemacht, sie sei das Allheilmittel gegen angeblichen Sozialmissbrauch. Bis heute ist sie technisch nicht umsetzbar, und sie ist unbezahlbar.

Was wurde eigentlich aus dem 300-Millionen-Euro-Programm hinsichtlich BSE? Das Ergebnis sehen wir leider nicht da sitzen,

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

aber wir kennen es in etwa. Es ist nicht sonderlich viel daraus geworden außer dem Versuch, ein bisschen mehr zu kontrollieren, und das ging auch noch schief.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das alles wurde als Erfolg verkauft, es ist vergessen und abgehakt. Aber es ist ja Wahlkampf.

Die heutige Regierungserklärung hat neben der Abgabe von Scheinerklärungen natürlich auch das erklärte Ziel, Menschen außerhalb Bayerns das Stoiber-Modell nahe zu bringen. Schließlich sind am Sonntag Wahlen in Sachsen-Anhalt. Diesem Umstand verdanken wir letztendlich den heutigen Auftritt.

(Hözl (CSU): Wir sind hier in Bayern!)

– Weiß man, was alles verbreitet wird in der Welt? Liebe Wählerinnen und liebe Wähler in Sachsen-Anhalt, trauen Sie dem Schein nicht. Es sind Nebelkerzen, die sehr schnell verglühn. Für eine Lösung Ihrer drückenden Probleme – der hohen Arbeitslosigkeit von ca. 20%, der schwierigen sozialen Situation, des Ausblutens des Landes durch den Weggang von Fachkräften, der insgesamt schwierigen Situation durch rechtsextremistische Gewalt, der Umweltprobleme – hat der Kanzlerkandidat keine Konzepte vorgelegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber vielleicht kenne ich sie nur nicht, weil er in den letzten Monaten wenig Worte darüber verloren hat. Vielleicht darf man es auch nicht wissen; vielleicht erwartet uns die große Überraschung ja nach der Wahl.

Manchmal gibt er Antworten. Ich habe mir zum Beispiel auf Phönix die Antworten nach seiner letzten Klausur in Wörlitz angehört. Da muss ich fragen: Haben Sie vorher nicht mit Ihrem Medienberater Herrn Spreng gesprochen? Sie sollten sich zu Themen, von denen Sie nichts verstehen – hier zu Fragen der Krankenversicherung –, nicht äußern. Finger weg davon! Das kann nur in die Hose gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Güller (SPD): Was bleibt denn da? – Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Das Schlimme ist: Gerade diese Themen sind die Kernthemen auf Bundesebene. Hier stehen dringende Reformen an.

(Dr. Bernhard (CSU): Die Sie versäumt haben!)

– Nein, es ist einfach ein langer Weg, bis man eine wirklich ganz große Reform auf eine gute Basis stellt. Das wissen Sie eigentlich. Die Sozialversicherungssysteme sind nicht innerhalb von drei Jahren umzukehren. In dieser Zeit kann man nicht alles auf den Kopf stellen, auch wenn es vielleicht nötig wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen in Sachsen-Anhalt, aber leider eben nicht nur dort, liefen mit einem Bundeskanzler Stoiber sogar Gefahr, sich in denjenigen Bereichen, in denen sie für den Westen beispielgebend sind, etwa bei der hohen Versorgung mit Kinderkrippenplätzen, mit Kinderbetreuungsplätzen, auf bayerisches Niveau zu verschlechtern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann nicht Ziel der Politik sein.

Meine Herren und Damen, die Ausflüge in die Bundespolitik waren heute ja sehr umfangreich. Aber wir sind hier im Landtag,

(Zuruf des Abgeordneten Hözl (CSU))

und ich möchte anhand von drei Landesthemen, nämlich Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik, deutlich machen, was wir von der Interpretation der Begriffe innovativ, sozial und erfolgreich durch den Kandidaten Stoiber halten können, wie wenig glaubwürdig seine Ausführungen sind und wie wenig trag- und zukunftsfähig seine Politik ist.

Uns geht es gar nicht darum, Bayern schlecht zu reden. Es geht doch darum – nachdem das heute ja eine Bundestagswahlrede war – festzustellen, ob wir diesem Kandidaten die Lösung der dringenden Probleme zutrauen, ob wir glauben, dass er die Menschen zusammenführt oder ob er sie entzweit, ob wir auch glauben – da er immer betont, sich für Bürgerinteressen einzusetzen; wir überprüfen das auch –, dass er tatsächlich diejenigen stützen kann, die nicht Höchstleistungsansprüche genügen, oder ob er sie ausgrenzt. Wir wollen wissen: Ist er ein Kanzler für alle oder nur für diejenigen, von denen er glaubt, dass sie ihm nützen?

In Bayern glaubte man sich fälschlicherweise über Jahre hinweg auf der sicheren Seite, weil die Wirtschaft und in Folge davon der Arbeitsmarkt in München und im umliegenden Speckgürtel boomte. Ein rechtzeitiger Blick auf die anderen bayerischen Regionen hätte jedoch gezeigt, dass in Franken, Schwaben und in der Oberpfalz andere Lebensbedingungen herrschen und Arbeitslosenquoten von zirka 13% in Hof und zirka 10% in Nürnberg mit entsprechenden sozialen Folgekosten sicher eine andere gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung bedingen als eine Arbeitslosenquote von 4,3% in Erding. Das ist doch klar. Wir wollen also gleiche Chancen für alle bayerischen Regionen.

1996 haben Sie, Herr Ministerpräsident, mit dem Beschäftigungspakt Bayern eine Halbierung der bayerischen Arbeitslosenzahlen bis zum Jahr 2000 zugesagt – das haben wir heute schon gehört. Im März 2002 lag die Zahl bei 405 000 Erwerbslosen; 1996 waren es 401 000 Erwerbslose. Ich bin der Meinung, dass man angesichts solcher Zahlen sehr sparsam mit dem erhobenen Zeigefinger umgehen sollte, vor allem, wenn er sich gegen Rot-Grün richtet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einnahmen aus der Einkommen- und Lohnsteuer sinken. Städte und Gemeinden können nicht mehr investieren. Wer das Stadtbild von Sulzbach-Rosenberg mit der Maxhütte kennt und es mit dem Anblick der weißgetünchten Häuser in Starnberg vergleicht, weiß, wovon ich rede. Die Verschuldung der bayerischen Kommunen ist seit 1990 von 12,4 Milliarden € auf 20 Milliarden €, also um 57% gestiegen. Wir sehen uns sehr wohl in Mitverantwortung; denn tatsächlich haben auch wir, aber eben auch das Land dafür zu sorgen, dass sich an dieser Einnahmesituation etwas ändert. Von gleichen oder von der Angleichung von Lebensverhältnissen in allen Regionen kann jedenfalls in Bayern keine Rede sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das der Ministerpräsident im eigenen Land schon nicht schafft, wie soll er dann für Chancengleichheit im

Wettbewerb zwischen Ost und West und vielleicht auch noch im Wettbewerb zwischen Deutschland und Europa sorgen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit steigen die Belastungen der Kommunen mit Sozialabgaben. Zusätzlich klagt der Bayerische Landkreis- und Städtetag, dass nur noch zwischen 13 und 16% der gewerbsteuerpflichtigen Betriebe, überwiegend Klein- und Mittelbetriebe, Steuern zahlen. Das darf nicht so bleiben. Wir haben gesehen, dass es diesbezüglich eine Fehlentwicklung gibt, die es aufzuhalten gilt. Wir GRÜNE sehen uns auf der Bundesebene und auf der Landesebene gefordert und haben Vorschläge zur Entlastung der Kommunen gemacht. Was tragen Sie dazu bei? – Ich konnte hier nicht hören, dass Sie bereit sind, beim Finanzausgleichsänderungsgesetz noch etwas zu tun. Es gab erste Schritte, aber wir wissen genau, dass es noch eine Reihe weiterer gäbe, mit denen wir für eine bessere Situation der Städte und Gemeinden sorgen könnten, zum Beispiel bei den Gastschulbeiträgen.

Auch in Bayern nehmen die Insolvenzen zu. In Bayern hatten wir 2001 einen überdurchschnittlichen Zuwachs an Pleiten in Höhe von rund 30% zu verzeichnen. Überholt wird Bayern dabei nur noch von Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Wie wir aber seit dem letzten Dienstag wissen, sind diese Pleiten nicht so schlimm; das sind ja erfolgreiche Pleiten, weil sie einen Neuanfang beinhalten. In Bayern sind diese Pleiten natürlich noch erfolgreicher als anderswo.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Herren und Damen von der Staatsregierung, auch zukünftig sollten Sie Ihre Pleiten nicht so schwer nehmen; vielleicht findet sich ja auch dafür eine Auffanggesellschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es stellt sich heraus, dass viel Geld in Branchen investiert worden ist, die sich als Problembranchen entpuppen. Der vielgepriesene Hightech-Bereich – zumindest was Herr Stoiber darunter versteht – schwächelt. Betroffen sind auch Handy- und PC-Hersteller, die Chip-Industrie und Telekommunikationsausstatter. Nokia, Infineon und Siemens sind nur drei Beispiele. Ministerpräsident Stoiber konnte dank seiner berüchtigten Schwäche für den schnellen Erfolg grenzenloses Wachstum vorgegaukelt werden. Er hat die Entwicklungsfähigkeit in diesen Branchen völlig überschätzt. Zu dieser Sparte gehört nämlich auch Pay-TV mit kränkelder Decoder-Technik, die keiner zu dem angebotenen Preis haben wollte und für die dann auch das Programmangebot einfach nicht ausreichend war – aber man wollte ja einem Freund helfen.

4,15 Milliarden € aus Privatisierungserlösen für viele fragwürdige Gentechnologie-Projekte, durchaus auch für sinnvolle Werkstofftechnik und eben für die Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien – das sind Investitionen, die sich eigentlich rechnen

sollten. Bis heute gibt es bei diesen Projekten aber keine Erfolgskontrolle. Von 946 meist ausländischen Hightech-Firmen sind allein 826 in Oberbayern ansässig. Ich befürchte, das wird sich bitter rächen, wenn der Verdrängungswettbewerb zunimmt und aus dem Schwächeln eine Krise wird, wie wir am Zusammenbruch des Kirch-Imperiums sehen können.

Auch auf den hochgepriesenen Dienstleistungssektor, etwa die Banken, kann sich der Ministerpräsident nicht mehr als ernsthafte Alternative zu in der Industrie verloren gegangenen Arbeitsplätzen berufen. Wir setzen stattdessen auf eine andere Strategie. Zum Beispiel erreichen wir durch den Einsatz der neuen Energietechnologien, von denen hauptsächlich kleine und mittlere Handwerksbetriebe profitieren, eine breitgestreute Förderung, die sich nicht auf einzelne Regionen konzentriert, und sichern in ganz Bayern Arbeitsplätze, nicht nur in Boom-Regionen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Deutschland sind auf diese Weise 120 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Auch in Bayern gab es eine 100-prozentige Zunahme an zusätzlichen Stellen. Betriebe in Bayern profitierten auch vom Bundesinvestitionsprogramm zur Verminderung von Umweltbelastungen, im bayerischen Polling beispielsweise die Ökobäckerei Schwarzmaier, die ihren Betrieb energiesparend umrüsten will und von Bundesumweltminister Trittin unterstützt wird. Das alles sind Projekte, bei denen viele sehr viel haben können.

Vielleicht sollten wir es aber einfach wie in Italien machen; vielleicht sollten wir wie Herr Berlusconi einfach die Bilanzbuchprüfung abschaffen. Das würde dann der Staatskanzlei im Nachhinein sehr viel Schönfärberei ersparen.

In dreieinhalb Jahren gab es eine einzige Regierungserklärung von Minister Wiesheu zum Arbeitsmarkt, und auch nur deshalb, weil im Januar die Arbeitslosenzahlen überproportional in die Höhe schnellten. Betroffen sind vor allem Jugendliche bis 25 Jahre, Alleinerziehende und Menschen ab 45 Jahren. Welche innovativen und sozialen Vorschläge haben Sie, Herr Ministerpräsident, für Erwerbslose? Das kam heute in Ihrer Rede nicht vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Billigjobs à la USA, Sanktionen für angeblich Arbeitsunwillige, mehr Scheinselbstständigkeit durch die von Ihnen angekündigten Gesetzesänderungen – wir GRÜNE bevorzugen das GRÜNE-Sieben-Punkte-Bundesprogramm mit seinem gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Ansatz, über das wir im Landtag bereits diskutierten.

Im Osten Deutschlands wäre ein Ministerpräsident Stoiber mit seiner Wirtschaftspolitik gnadenlos baden gegangen. Im Osten gab und gibt es nämlich kein Tafelsilber, sprich Privatisierungserlöse für Anschubfinanzierungen, die Sie wie hier in Bayern auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verteilen könnten, Volksvermögen, das unwiederbringlich verloren ist – von

den Mitnahmeeffekten einzelner Branchen, die das gar nicht nötig hätten, ganz zu schweigen. Jetzt gibt es keine nennenswerten Beteiligungen mehr. Etwas hat man sich noch für die Wahl Ende 2003 aufgehoben, aber das war es dann schon. Ich bin sehr auf die Wirtschaftspolitik gespannt, die dann folgt. Wollen Sie eine solche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wirklich unter die Begriffe „innovativ, sozial und erfolgreich“ subsumieren und tatsächlich auf ganz Deutschland übertragen? Das wird nicht funktionieren.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist für den Kanzlerkandidaten kein Thema. Er hat dazu heute zwar ein paar Ausführungen gemacht – das Ganze unter der Überschrift „sozial“ –, doch mit Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe hat dieser Begriff beim Kandidaten Stoiber nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Gesellschaftspolitik zeigt sich für uns am deutlichsten, dass vom Kanzlerkandidaten Stoiber keine Erneuerung und keine Zusammenführung auseinander driftender kultureller Lebensstile zu erwarten ist. Seine alten Gesellschaftsbilder sind Blendwerk aus Gartenlaubenromanen oder aus Werken von Utta Danella. Das ist zwar sehr putzig, doch es ist weder innovativ noch sozial. Im Gegenteil: Sein Gesellschaftsbild nimmt Entwicklungen nicht wahr oder verdrängt sie. Es nützt nichts, das Hohelied der Familien anzustimmen, wenn damit gleichzeitig viele andere Lebensformen ausgegrenzt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns muss der Schutz der Schwachen im Vordergrund stehen, nicht die Bewahrung von Vorstellungen aus einer Kuschelromantikecke, wonach es die, die in der lauschigen Laube sitzen, gut haben sollen, während die anderen im Regen stehen gelassen werden. Zirka 2% aller bayerischen Haushalte beziehen Sozialhilfe, davon sind 73 124 Kinder und Jugendliche betroffen. Fast jeder fünfte bayerische Haushalt wird als arm eingestuft. Wir haben darüber gestern sehr ausführlich diskutiert. Nürnberg hat die höchste Sozialhilfedichte. Ich möchte damit deutlich machen, wie groß die regionalen Unterschiede sind. In Nürnberg beziehen von 1000 Menschen 56 Sozialhilfe. In München sind es dagegen nur die Hälfte. 70% der bezugsberechtigten Haushalte sind Single-Haushalte oder Haushalte Alleinerziehender. Wir müssen uns über alle Ausgegrenzten Gedanken machen, nicht nur über einen Teil.

Gleichzeitig verfügt ein Zehntel der Haushalte in Bayern über 42% des gesamten Privatvermögens. Ich finde das erstaunlich. Wir müssen uns überlegen, wie wir mit dieser Zahl umgehen. Mit sozialer Gerechtigkeit hat das in meinen Augen nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinder – das ist nicht neu – sind ein Armutrisiko. Für Alleinerziehende gilt das insbesondere deshalb, weil Kinderbetreuungsplätze fehlen, die ihnen eine Berufsaufnahme ermöglichen würden. 495 000 Haushalte sind

an der Armutsgrenze und erhalten ergänzende Hilfen. Ich denke dabei auch an Hilfen wie das Wohngeld, das von Ihnen ab 1990 nicht mehr erhöht oder angepasst worden ist. Erst die rot-grüne Regierung hat eine Anpassung vorgenommen. Das war richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich versichere Ihnen, vom Heiraten allein wird man nicht schwanger. Dies kam so rüber, als Herr Ministerpräsident von der Regenerationsfähigkeit sprach und ausführte, dass wir dazu Familien bräuchten. Man muss nicht heiraten, um schwanger zu werden. Überall dort, wo Kinder sind – unabhängig vom Familienstand –, muss entlastet werden. Materielle Armut führt zwangsläufig zur Chancenungleichheit. Die GRÜNEN auf Bundesebene haben das erkannt. Wir müssen für die Absicherung von Familien, aber auch für die Absicherung anderer Lebensformen sorgen. Deshalb haben wir den finanzierbaren Vorschlag einer Kindergrundsicherung vorgelegt. Ich betone die Worte „den finanzierbaren Vorschlag“. Der Mehrbelastung Alleinerziehender durch den stufenweisen Abbau des Haushaltsfreibetrages muss entgegengewirkt werden. Dieser Haushaltsfreibetrag muss anderweitig ersetzt werden. Wir geben zu, dass nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch andere Änderungen nötig sind.

Weiterhin fordern wir GRÜNEN, dass Eltern ihre erwerbsbedingten Betreuungskosten abziehen können.

Wir werden uns dieser Diskussion sehr selbstbewusst stellen, weil wir moderne Konzepte haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Konzepte sind an den Wünschen der Frauen ausgerichtet und dienen nicht dazu, alte Rollenverteilungen festzuschreiben, wie wir das heute wieder gehört haben. Man kann es bedauern, dass tradierte Lebensmodelle nicht mehr hundertprozentig tragen. Wir können auch über die Spaßgesellschaft lamentieren. Das bringt uns aber nicht weiter; denn wir müssen darauf politisch reagieren. Wer darauf nicht reagiert, handelt fahrlässig. Als Kanzler hätte Herr Stoiber Richtlinienkompetenz. Man würde dann von ihm erwarten, dass er den politischen Weg vorgibt. Wie sieht dieser Weg jedoch aus? – Der Weg vom Wohlfahrtsstaat zur gesellschaftlichen Teilhabe war sehr lang. Behinderte sind nicht länger Almsenempfänger. Unverheiratete Schwangere müssen die Stadtmauern nicht mehr verlassen. Homosexuelle werden nicht ins Zuchthaus verbracht, und Sozialhilfeempfänger gelten zumindest offiziell nicht mehr als Bittsteller. Alle diese Entwicklungen sind nicht dem Innovationsgeist der CSU zu verdanken, sondern den tiefgreifenden Reformen der Siebzigerjahre, gegen die die konservative Seite und insbesondere die CSU damals schwer gewettert hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele haben mit diesen Reformen heute noch ihre Probleme. Das erleben wir zum Beispiel in den Diskussionen über die eingetragenen Lebenspartnerschaften.

Herr Staatsminister Zehetmair hat sich zu sehr eigenartigen Äußerungen über Homosexuelle und zur Verantwortung für den 11. September hinreißen lassen. Ein anderes Beispiel ist die Internetseite von Herrn Geis. Ich muss sagen: Hier ist noch sehr viel zu tun. Die Siebzigerjahre sind bei vielen Leuten noch längst nicht aufgearbeitet.

In der Diskussion stehen wir derzeit an einem Scheideweg: Wollen Sie eine Reformpolitik, die den Wertewandel begleitet? Ich frage mich dabei, ob wir tatsächlich einen Wertewandel haben oder ob die Werte vielleicht nur eine andere Ausformung bekommen haben. Wir werden uns entscheiden müssen, ob wir für Stillstand sind oder ob wir uns mit diesem Wandel begleitend beschäftigen. Wir sagen: Der Ministerpräsident steht für Stillstand. Diesen Stillstand haben wir unter Herrn Kohl bereits quälend erlebt. Dafür besteht bei uns kein weiterer Bedarf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Starre Durchhalteparolen aus dem ministeriellen Kuriositätenkabinett helfen weder in der Bildungs- noch in der Integrationspolitik. Mit Parolen wie „Schluss mit der Kuschelpädagogik“ und „Bayern ist kein Einwanderungsland“ kommen Sie, Herr Kollege Stoiber, gesellschaftspolitisch nicht weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahlenspielerien, die Sie heute wieder beim Thema „Zuwanderung“ betrieben haben, sind unseriös. Sie setzen nämlich die Zahlen nicht in Relation zueinander. Sogar der Bayerische Städte- und Gemeindetag bittet mittlerweile darum, im neuen Landesentwicklungsprogramm den Satz „Bayern ist kein Einwanderungsland“ zu streichen, weil dieser Satz zu hart ist und ausgrenzt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und weil er nicht stimmt!)

– Richtig. Dieser Satz entspricht auch nicht der Realität. Die Diskussion zur Zuwanderung wird von Ihrer Seite zudem sehr unehrlich geführt. Die meisten Greencard-Kräfte gehen laut Aussage von Herrn Professor Dr. Münz von der Humboldt-Universität, die er bei einer Podiumsdiskussion des Goethe-Instituts gemacht hat, nach Bayern. Das bayerische Sozialministerium wird beim Bundesarbeitsministerium vorstellig, weil es für die Pflege mehr ausländische Pflegerinnen haben möchte. Neben der Handwerkskammer hat auch die IHK festgestellt, dass 50 000 Arbeitskräfte fehlen. Deshalb hat die Handwerkskammer mehr Zuwanderung gefordert. Diese Punkte haben Sie in Ihrer Rede weggelassen. Reden und handeln klaffen beim Kandidaten Stoiber weit auseinander. Ihr Auftritt im Bundesrat war keine ausgezeichnete Performance, wie Sie uns das heute weismachen wollten. Deshalb sind Sie für uns in dieser Frage nicht mehr glaubwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie sprechen von Integration. Gleichzeitig verweigern Sie sich jedem Vorschlag, der den hier in Bayern beheimateten Migranten und Migrantinnen Teilhabe bieten würde. Das beste Beispiel für die Unfähigkeit zu einer grundlegenden Neuorientierung ist die Bildungspolitik. Von einem „Musterschüler Bayern“ kann hier nicht die Rede sein. Sie haben heute wieder mit sehr viel Weihrauch und Kesselschwingen versucht, uns etwas anderes vorzugaukeln. Der Heiligenschein ist nämlich schon weg.

Erstens zeigt die vorletzte Meldung aus dem bayerischen Staatskabinett, dass Sie nicht verstanden haben, worum es in der Bildungspolitik geht. Sie tun so, als ob sie generös an städtische und private Schulen Geld aus der Privatschatulle verschenken, indem sie statt 60% nunmehr lächerliche 61% der Personalkosten übernehmen. Der Freistaat drückt sich jedoch nach wie vor um die komplette Übernahme, zumindest um eine anständige und ernst zu nehmende Aufstockung dieser Mittel. Die Schulen wurden in den Kommunen oder von Privatleuten jedoch nicht aus Jux und Tollerei eingerichtet, sondern weil es einen Bedarf dafür gab und gibt und der Staat diesen Bedarf nicht gedeckt hat.

Zudem kümmert man sich wenig bis gar nicht um die berufliche Bildung. Sie sagen, Sie würden ein Zeichen für die Vielfalt setzen. Wir sagen, Sie sähen dumm aus, wenn Sie das Angebot von Städten und Privaten nicht hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zweitens zeigt die Erklärung aus dem Kabinett vom 09.04., dass die Diskussion um die Qualität der Schulen und die innere Schulreform zum Stillstand gekommen ist, weil Sie verkennen, dass in Bayern Bildung mehr ist als die Aufrechnung von Personalkosten. Bei der Klassenstärke an Grundschulen steht Bayern angesichts des Verhältnisses 24,2 : 22,7 im Vergleich zu den alten Bundesländern schlecht da. Der Freistaat steht bei allen Klassen insgesamt an vorletzter Stelle.

Über Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen brauchen wir nicht zu reden. Es wird zwar ein paar zusätzliche Gelder geben; diese ersten Schritte sind wichtig. Aber man muss auch sehen, wo Bayern steht und wie dramatisch hoch der Nachholbedarf hier ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

In Bayern verlassen mindestens 25% der migrierten Schüler die Schule ohne Abschluss und haben nur 19% der Schulabgänger die Hochschulreife – auf Bundesebene sind es immerhin 24,2% –, obwohl die Wirtschaft händeringend nach kompetenten Fachleuten sucht. Sich hier zum Klassenprimus zu erklären, kann nur mit einer sehr eingeschränkten Wahrnehmung erklärt werden; denn selbst wenn Bayern nach der regionalen Auswertung in Deutschland einen Spitzenplatz einnähme, wären wir im europaweiten Vergleich immer noch der Einäugige unter den Blinden. Dies ist doch der Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vier Gewinner im Mathematikwettbewerb machen noch keine Spitzenstellung aus.

Ohne Frage besteht auch auf Bundesebene Nachholbedarf, und es muss gegengesteuert werden; denn es gibt auch im bundesweiten Vergleich eine zu hohe Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Abschluss. Allerdings haben wir dies erkannt und bieten dafür Lösungen an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie, Herr Ministerpräsident, haben zu diesem Thema nichts gesagt. Ich habe den Eindruck, Sie glauben, das Problem ließe sich durch Ignorieren beheben. Stattdessen sprechen Sie von Bildung als Holschuld. Das heißt, dass diejenigen Kinder, deren Eltern – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sind, sich die Bildungsangebote zu holen, leer ausgehen. Nennen Sie das wirklich christlich und sozial? Ist es wirklich Ihre Vorstellung von Schulpolitik, dass man diejenigen, die sich die Bildungsangebote nicht holen können, einfach im Abseits stehen lässt? Ich fand diesen Satz so zynisch,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass ich mir nicht sicher bin, ob das bewusst gesagt worden ist oder ob Sie tatsächlich ein solches Weltbild haben.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Innovation der Fünfzigerjahre!)

– Genau. – Ich stelle fest, dass von Ihnen dort, wo es um Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe geht, zur Bildungsgerechtigkeit keine Vorschläge zu erwarten sind. Dies finde ich wenig sozial und nicht besonders innovativ.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in Ihrer Sicherheitspolitik ist mehr Schein als Sein. Gerne schmücken Sie sich in der Sicherheitspolitik mit dem Titel „Spitzenreiter“. Tatsächlich können wir uns über eine hohe Aufklärung und geringe Kriminalitätsrate freuen. Erstere verdanken wir sehr engagierten Beamten, die trotz Unterbesetzung, schlechter Ausstattung und Überstunden ihren Dienst versehen. Die geringe Kriminalitätsrate ist laut Bertelsmann-Studie, auf die Sie sich so gerne berufen, der sozialen Kontrolle und der hohen Vereinsdichte im überwiegend ländlich geprägten Raum zuzurechnen, aber gewiss nicht der Sicherheitspolitik in Bayern. In Bayern versehen pro 100 000 Einwohner 267 Polizisten ihren Dienst, während es im Bundesdurchschnitt 279 Polizistinnen und Polizisten sind. Laut Deutscher Polizeigewerkschaft fehlen in Bayern 3000 Beamte und Beamtinnen. Die Ausgaben für die Polizei liegen mit 12,6 Millionen € im Bundesdurchschnitt etwa auf gleicher Höhe. Dies ist aber keine Spitzenreiterposition.

(Zuruf von der CSU: Es geht um die Sicherheit, nicht um die Zahlen!)

– Im Landtag betonen Sie doch immer die bayerische Spitzenposition. Das von Ihnen vorgestellte Sicherheitspaket ist Bundesdurchschnitt und Bundesniveau. Wo also sind Sie so genial?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir in einem Punkt etwas weiter sind, verblüfft mich: Die Bayern scheinen mit 1200 Verurteilten im Vergleich zu durchschnittlich 1047 Verurteilten in den übrigen Bundesländern krimineller zu sein. Die Gefängnisse sind trotz Neubauten überfüllt. In der Betreuung von Gefangenen und damit bei der Resozialisierung mit Unterstützung von Bewährungshelfern und Sozialarbeitern bildet Bayern deutschlandweit das Schlusslicht. Auf diesem Gebiet sind Sie mit Blick auf die Prävention nicht Spitzenreiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Präventionsprojekt in Nürnberg – ein innovatives Projekt – hat nicht das Staatsministerium, sondern die Polizei selbst entwickelt.

Hinter diesen Sicherheitspaketen steckt nicht mehr und nicht weniger als in anderen Bundesländern auch. Sie sind nicht innovativ, sondern rein repressiv, nicht sozial, sondern kriminalisierend. Sie sind deprimierend, wenn es darum geht, Menschen in die Gesellschaft zurückzuführen und von Rückfällen abzuhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gesellschaftspolitik ist für uns GRÜNE Kulturpolitik. Nicht gemeint ist damit die Kulturpolitik als höfisches Zeremoniell à la Ministerpräsident Stoiber. Wir meinen mit Kulturpolitik weder den Passauer Aschermittwoch noch den Nockherberg und die Bewahrung toter Denkmäler.

(Dr. Wilhelm (CSU): Was ist ein totes Denkmal?)

– Wir meinen damit Kulturpolitik im weiteren Sinne als Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Kulturpolitik hat unseres Erachtens nichts mit Beschränkungen und Ausgrenzungen durch eine so genannte Leitkultur zu tun, sondern bedeutet, weltoffene Gesellschaftsmodelle zu entwickeln. Kulturpolitik heißt, sich die Frage zu stellen, wie wir zu welchen Bedingungen solidarisch miteinander leben wollen. Dies umfasst mehr als eine Wirtschaftspolitik mit etwas Beschäftigungspolitik und den Klingelbeutel für die sozial Schwachen. Kulturpolitik bedeutet nach unserer Ansicht den Schutz unserer Lebensgrundlagen, die Achtung aller Lebewesen, das heißt Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe und vor allem Integration.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Umweltschutz zur Sicherung der Lebensgrundlagen für die kommenden, von Herrn Stoiber so heiß ersehnten, möglichst deutschen Generationen muss Chefsache werden. Es ist bedauerlich, dass der Kanzlerkandi-

dat zwar von Tradition und Werten spricht, aber den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht einbezieht und zugunsten überholter Wirtschaftlichkeitsberechnungen sogar bereit ist, diese zurückzustellen. Leider verrechnet er sich bei den wirtschaftlichen Folgekosten oft. Am deutlichsten hat man gesehen, wie er sich beim Donauausbau verrechnet hat.

Umweltschutz dient ihm lediglich zur Sicherung von Hochglanzkulissen auf Werbebroschüren zur Ankurbelung der Tourismusbranche. An der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms ist am besten abzulesen, dass der ökologische Roll-back aus Bayern auch hier weiter forciert werden soll und was man unter Umweltschutz zu verstehen hat. In den Überschriften im Landesentwicklungsprogramm ist viel von Nachhaltigkeit zu lesen. Sein Inhalt bezieht sich auf nachhaltigen Straßenbau, bedenkliche Forschung mit atomwaffenfähigem Uran im FRM II in Garching, nachhaltige, große Mega-Einkaufszentren auf grüner Wiese, wobei Sie auch da untereinander Rückzugsgefechte auszukämpfen haben. Dies betrifft massive, nachhaltige Eingriffe durch Infrastrukturmaßnahmen. Gestrichen wurde der Erhalt des Naturerbes – ein eigentlich sehr wichtiger Wert –, die Herstellung von Biotopverbänden, der Schutz der Bevölkerung vor zuviel Transitverkehr. Aber dafür bekommen wir das Straßennetz, das auch bei wachsendem Verkehr funktionsfähig bleiben muss – ein echter Ausgleich für den Schutz des Naturerbes.

Die Messung von Umweltradioaktivität soll zwar fortgeführt werden, wird aber nicht mehr als Ziel festgeschrieben.

Es wird kein flächendeckendes Netz an Beratungsstellen mehr geben, obwohl in Bayern immer noch auf die Dinosaurier-Technik der Atomkraft gesetzt wird. Dabei hat die Atomindustrie eigentlich schon selbst davon Abschied genommen. Deren Vertreter haben gesagt, sie seien ganz damit zufrieden, wie der Atomausstiegs-Vertrag abgefasst worden sei. Das heißt für mich, dass wir in Bayern dringend neue energietechnologische Weichenstellungen bräuchten. Solche habe ich bei Ihnen vermisst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird keine Ausführungen mehr zur Abfallvermeidung und Schadstoffminimierung geben. Es wird auch nichts mehr über einen wirklich ernst gemeinten Bodenschutz zu finden sein. Dafür bekommen wir die Förderungen der Gen-Technologie. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie leisten der Bevölkerung einen Bärendienst: Nachdem man in den Siebzigerjahren überall durch die Städte Autobahnen gebaut hatte, konnte man feststellen, dass das stadtentwicklungspolitische Humbug war, dass das gesundheitsschädigend ist. Auch Sie werden merken, dass Ihre Enkelkinder eine andere Umweltpolitik verdient hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Veranstaltung heute – ich sage das bewusst etwas despektierlich; denn der Ministerpräsident missbraucht

den Landtag als Staffage für seine persönlichen Wahlambitionen –

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

soll Wahlkampfhilfe für die Wahl in Sachsen-Anhalt am Wochenende sein. Zumindest wäre es aus Ihrer Sicht sinnvoll, wenn Sie das versuchen würden. Wenn Sie es nicht versuchen wollen, ist es Ihr Problem.

(Zuruf von der CSU: Sie eignen sich jedenfalls nicht als Staffage! Sie brauchen da keine Sorge haben!)

Ich einige mich mit Ihnen gerne auf eine andere Zielsetzung. Vielleicht soll der heutige Auftritt auch dazu dienen, die internen Kritiker wieder ein bisschen zu besänftigen, die ja, wie man es der Presse entnehmen kann, auch schon auf der Matte stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesem Zweck hat man der Öffentlichkeit vor kurzem einen Dreiersatz vorgestellt, nämlich die Adjektive „kantig, echt, erfolgreich“. Heute wurden sie ergänzt durch „innovativ, sozial, erfolgreich“. Das ist echt phantasievoll, ein Türöffner für Kabarettisten, ein so genannter „flotter Dreier“. Vielleicht gibt das ja im weiteren Wahlkampf noch ein bisschen mehr her.

Ich mache Ihnen die Freude und sehe mir diese Adjektive gerne ein bisschen näher an: Das Kantige in der Persönlichkeit des Kandidaten lässt sich mangels Äußerungen kaum wegdiskutieren, auch nicht gegenüber der Öffentlichkeit. Ehrlich sind eigentlich auch die verdrehten Finger, die man auf einem Wahlplakat sehen kann; denn er redet ja auch so. Man kann das sehr gut – ich habe das vorhin schon ausgeführt – auf Phönix oder BR-alpha verfolgen, wenn man sich auf diesen Kanälen Pressekonferenzen ansieht. Dieser Fingerspagat ist auch in der Politik wiederzufinden. Es ist der Spagat zwischen Kreuzifix und Stammzellenforschung und der Spagat zwischen Tradition und Aufklärung, möglichst jede konkrete Richtung vermeidend.

Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger von Steuern befreien, sagen aber nicht, wie der Geldsegen finanziert werden soll: auch hier der verdrehte Finger. Auf diese Lücke hat der Deutsche Industrie- und Handelstag hingewiesen, als er davor warnte, zu glauben, die Steuer senkung würde sich von alleine finanzieren.

Nach den Ausführungen der Regierungserklärung stellen wir jedenfalls fest, dass das, was innovativ und sozial erscheinen soll, in Wirklichkeit nicht so ist. Sie schwelgen selbstbeweihräuchernd in der Vergangenheit und beweisen damit, dass Sie keine Lösungskonzepte für die Zukunft haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Kandidat stehen Sie für eine interventionistische Wirtschaftspolitik, die die Regionen in Bayern unterschiedlich fördert. Die Privatisierungserlöse sind verpulvert. Ein darüber hinausgehendes Arbeitsmarktkonzept fehlt. Das Geld floss weitgehend in Modebranchen, von

denen einige stark schwächeln, oder in Technologien, die in ihren Folgen unüberprüft oder ethisch fragwürdig sind. Für das Handwerk – die tragende Säule in der Wirtschaft – wird wenig getan. Da Sie immer wieder bekunden, Sie seien für den Mittelstand, müssen natürlich auch Programme folgen. Zum Ausgleich dafür fehlt es – muss ich spöttisch feststellen – wieder einmal an der nötigen Distanz zu einigen Großunternehmen. Ihre Gesellschaftspolitik ist auf jeden Fall kontra und weniger produktiv. Wir fordern Sie auf, Herr Ministerpräsident, einen Wahlkampf ohne Blendwerk, Nebelkerzen und Weihrauchschwaden zu führen. Der Heiligenschein ist weg; das kann jeder sehen. Bayern ist so gut, und es ist schön, in Bayern zu leben. Bayern ist unsere Heimat. Deswegen ist es nicht nötig, dass Sie hier immer wieder den Klassenprimus herauskehren.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank Frau Stahl. Das Wort hat Herr Glück.

Glück (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten belegt: Der Ministerpräsident steht für eine Politik, in der Wort und Tat eine Einheit sind.

(Beifall bei der CSU)

Der Ministerpräsident hat eine Zwischenbilanz der Landespolitik vorgelegt, im Übrigen eine von mehreren Regierungserklärungen in den letzten drei Jahren. Aber die Opposition – das ist ein sehr interessanter Verlauf – kreist in der gesamten Debatte eigentlich nur um einen bundespolitischen Aspekt. Der Regierungschef stellt sich hier für Bayern – gerade in der Zeit, in der er als Kanzlerkandidat eine andere demokratisch wichtige Rolle in Deutschland hat – der landespolitischen Diskussion. Wir können nicht feststellen, dass auch nur in einem Sachgebiet der Landespolitik die Opposition eine echte inhaltliche Alternative vorgelegt hätte.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stahl, was Sie jetzt an Mäkeleien vorgetragen haben, ist ungefähr auf dem Niveau des Herrn Bundeskanzlers, der über seine Haarfarbe prozessieren lässt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, es ist ein sehr gestreicher Prozess, das muss ich sagen. Es ist ein Indiz dafür, wer im Bundestagswahlkampf nervös ist. Es sind nicht wir, sondern Sie sind nervös. Sie wissen nicht mehr recht, wo die Reise hingeht

(Beifall bei der CSU)

und versuchen deshalb, mit zum Teil sinnloser Polemik zu arbeiten.

(Hofmann (CSU): Wo ist Herr Maget?)

– Darf ich dazu etwas sagen: Herr Maget war bei mir und hat mich um Verständnis für sein Fehlen gebeten, da ein enger Freund von ihm heute Nachmittag beerdigt wird. Ich habe gesagt, dass ich es selbstverständlich akzeptiere, wenn er jetzt nicht anwesend sein kann. Ich sage das, damit für alle Klarheit besteht.

Der Ministerpräsident hat an die Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode angeknüpft. Er hat zu Beginn seiner Rede darauf hingewiesen, dass wir eine ganze Reihe von Entwicklungen haben, mit denen niemand von uns gerechnet hat. Ich wiederhole sie: der Boom und der dann schmerzhaft Konsolidierungsprozess in der New Economy, der Höhenflug und der Absturz auf den Aktienmärkten sowie die BSE-Krise.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das waren ganz normale Entwicklungen!)

– Mein lieber, schlauer Herr Dr. Dürr, ich habe nicht gehört, dass Sie zu Beginn der Legislaturperiode, etwa bei der Aussprache zur Regierungserklärung, darauf hingewiesen hätten. Sie hätten dann schon damals diese hellseherische Fähigkeit beweisen müssen. Wir müssen doch zugeben – das ist doch das Normale im Leben –, dass wir von Entwicklungen überrascht wurden, die, so glaube ich, keiner von uns vorhergesehen hat.

Der ganz wichtige Punkt ist nun, zu überprüfen, ob im Blick dieser neuen Entwicklungen und Veränderungen die Grundkonzeption der Politik weiter richtig ist oder ob sie korrigiert werden muss.

Wir können feststellen, dass alle wesentlichen Weichenstellungen in der Landespolitik seit 1993 und erst recht seit 1998 auch im Lichte der Veränderungen der Jahre 1998 bis 2002 Bestand haben und richtig sind, was natürlich nicht ausschließt, dass im Einzelfall auch korrigiert oder weiter entwickelt werden muss, was wir auch in den verschiedensten Bereichen getan haben.

Zu den veränderten oder verschlechterten Rahmenbedingungen für die Landespolitik, das heißt auch für die Entwicklung Bayerns, zählen nicht nur internationale Entwicklungen, die dargestellt worden sind, sondern auch ganz wesentlich die verschlechterten Bedingungen für die Entwicklung unseres Landes durch die Bundespolitik.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundespolitik wirkt sich natürlich negativ in Bayern aus, vor allem auf das Wirtschaftswachstum und die Einnahmen des Staates und der Kommunen. Insgesamt hat diese Politik für Deutschland dazu geführt, dass wir beim Wirtschaftswachstum an letzter Stelle in Europa sind.

Es ist normal und notwendig für die Demokratie, dass die Parteien untereinander im Wettbewerb stehen und unterschiedliche Konzeptionen vertreten. Wir sollten uns aber darauf verständigen, dass wir nicht mit falschen Zahlen oder falschen Vergleichen arbeiten. Herr Maget hat zum Beispiel wochenlang behauptet, die Arbeitslosenzahl in Bayern liege derzeit um 30 000 höher als

1996. Was macht er aber? – Er nimmt die durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 1996 und vergleicht sie mit der Januarzahl dieses Jahres.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD) – Dr. Bernhard (CSU): Trickser! – Weinhofer (CSU): Höhere Mathematik!)

Dass die unterschiedlichen Zahlen konjunkturbedingt sind, sagt er nicht. Würde er aber die jeweiligen Januarzahlen miteinander vergleichen, dann würde er feststellen, dass die Arbeitslosenzahl in Bayern im Januar 2002 um 30 000 geringer als im Januar 1996 ist. Da ihm aber diese Statistik nicht passt, wählt er einen unzulässigen Vergleich und verkauft die Leute für dumm.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Ebenso unredlich sind die Aussagen im Zusammenhang mit dem Beschäftigungspakt. Der Bundeskanzler hat erklärt, er lasse sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen.

(Dr. Wilhelm (CSU): Genau!)

Was den Beschäftigungspakt Bayern betrifft, so gibt es nicht eine separate Erklärung des Ministerpräsidenten, sondern im Beschäftigungspakt Bayern haben Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Staatsregierung als Ziel formuliert, die Arbeitslosigkeit zu halbieren.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War wohl nichts!)

– Natürlich haben sich die Rahmenbedingungen geändert, und das Ziel ist nicht erreicht worden. Wir müssen aber einräumen, dass die Gewerkschaften und die Arbeitgeber ein ehrgeiziges Ziel hatten, das wegen veränderter Rahmenbedingungen nicht erreicht werden konnte, die nicht zuletzt Sie von den GRÜNEN, Herr Kollege Dr. Dürr, zu verantworten haben. Es ist unredlich, wenn dem Ministerpräsidenten eine Aussage unterstellt wird, die er nicht gemacht hat, um das Versprechen von Schröder zu relativieren. Diese Art der Auseinandersetzung ist unehrlich.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Genauso nachweislich falsch, aber hier wiederholt, sind die Behauptungen der Opposition, Bayern sei Schlusslicht bei den Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. Das hat übrigens auch der Bundeskanzler behauptet. Wie wird hier argumentiert? – Man nimmt wissentlich nur einen Teil des Angebots zur Kenntnis, nämlich die Kinderkrippen, nicht aber das Angebot an Tagesmüttern.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Verehrte Frau Stahl, betrachten Sie einmal Würzburg, wo der Sozialdezernent Dr. Motsch in einer vorbildlichen zwanzigjährigen Arbeit unglaublich viel für die soziale

Entwicklung getan hat. In Würzburg gibt es ein hervorragendes Angebot an Tagesmüttern für die Betreuung der unter Dreijährigen. Diese erscheinen in Ihrer manipulierten Statistik nicht, weil sie nicht in Ihre vorgefasste Meinung über Bayern passen. Deshalb sage ich, dass die bewusste Verbreitung von Unwahrheiten keine Basis für eine redliche Debatte unter Demokraten ist.

(Beifall bei der CSU)

Ebenso unwahr sind die Darstellungen von Herrn Maget im Zusammenhang mit dem Ringen Bayerns um einen neuen Länderfinanzausgleich und die behaupteten Auswirkungen auf die neuen Länder. Wir haben immer betont, dass die neuen Länder selbstverständlich weiterhin eine besondere Förderung brauchen und es bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs –

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

– um eine Auseinandersetzung innerhalb der Länder der alten Bundesrepublik geht. Sie arbeiten wiederum wesentlich mit falschen Aussagen und verkaufen die Leute für dumm.

(Beifall bei der (CSU) – Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Ähnliches gilt für den Risikostrukturausgleich: Beim Risikostrukturausgleich geht es nicht um eine West-Ost-Frage, sondern um eine Solidarität der Kassen und der Länder. Die Umverteilung ist hier weit größer als beim Länderfinanzausgleich. Wollen Sie im Ernst behaupten, dass dies nicht korrekturbedürftig ist? Vertreten Sie doch einmal gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Beitragszahlern in Bayern, dass das so in Ordnung ist.

Auch bei der Ökosteuer gibt es falsche Darstellungen. Der Ministerpräsident hat eindeutig erklärt, dass sein Ziel die Abschaffung der Ökosteuer ist, dass das aber kurzfristig nicht möglich ist, weil man dazu eine Steuerreform braucht.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Man kann selbstverständlich bestimmte Einnahmen nicht einfach streichen. Er hat ebenso eindeutig einen Stopp für die nächste Stufe der Ökosteuer erklärt. Die weiteren Schritte bestehen darin, mit einer echten Steuerreform die Einnahmestrukturen anders zu gestalten und die Ökosteuer abzuschaffen. Falsch ist die Behauptung, dass Unklarheit über die Aussage des Ministerpräsidenten bestehe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Besonders charmant ist immer der Vergleich von München mit Ostoberfranken. Wenn sich die SPD an das hiesige Münchner und oberbayerische Publikum wendet, dann wird die wirtschaftliche Entwicklung als großer Erfolg der Stadtpolitik der SPD dargestellt. Auf der anderen Seite wird gerade diese gute wirtschaftliche Entwick-

lung Münchens dazu benutzt, die Bevölkerung in Oberfranken aufzuhetzen. Das ist eine unehrliche Strategie.

(Beifall bei der CSU – Volkmann (SPD): Das ist aber schwach!)

Die Ergebnisse der Kommunalwahl im Landkreis Wunsiedel, in der Stadt Wunsiedel und in der Stadt Hof zeigen: Die Menschen glauben Ihnen nicht mehr.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen haben es satt. Die Menschen empfinden es mittlerweile als belastend, dass Sie aus parteipolitischen Gründen diese Region schlechtreden und damit längst nicht mehr Anwalt der Menschen in diesem Raum sind. Es wäre im Übrigen für Deutschland ein Segen, wenn bundesweit und insbesondere in den SPD-geführten Ländern eine Arbeitslosigkeit wie in Nordostoberfranken herrschen würde.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stahl, Sie haben sich im letzten Teil Ihrer Rede vor allem der Armut und der Sozialhilfe gewidmet. Auch in diesem Zusammenhang müssen wir festhalten, dass Bayern das Land in Deutschland ist, das mit Abstand die geringste Zahl an Sozialhilfeempfängern pro 1000 Einwohner hat.

(Dr. Wilhelm (CSU): Genau! – Hofmann (CSU): So ist es!)

Natürlich ist das immer noch zuviel. Aber im Hinblick auf das Machbare in der Politik und die Frage des Erfolgs muss man redlicherweise ähnliche Räume miteinander vergleichen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das sind, Herr Dr. Dürr, insbesondere all die Bundesländer, in denen Sie mitregieren oder in der Regierung geduldet werden.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, was sich das reiche Bayern leisten kann!)

Deswegen kann ich nur feststellen, dass die Opposition zu keiner dieser Sachfragen echte Alternativen vorgelegt hat.

Und noch etwas, Frau Stahl: Alle wesentlichen Weichenstellungen in der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis hin zum letzten großen Pfeiler, der Pflegeversicherung, wurden jeweils von unionsgeführten Bundesregierungen eingeführt. Der Sozialstaat Deutschland zeigt die Handschrift der Union. Dort, wo Korrekturen notwendig sind, haben Sie im letzten Bundestagswahlkampf nur polemisiert. Jetzt werden Sie davon eingeholt.

Herr Maget – ich muss ihn namentlich ansprechen, auch wenn er gerade nicht hier sein kann – hat sich besonders dem Thema der Zuwanderung zugewandt und hat in

Kategorien von Unanständigkeit und Verantwortungslosigkeit an die Adresse des Ministerpräsidenten gesprochen. Unbestreitbare Tatsache ist jedoch, dass die jetzt von der Bundesregierung und von der Mehrheit im Bundestag beschlossene gesetzliche Regelung die Zuwanderung nicht begrenzt, sondern zu mehr Zuwanderung führt. Es gibt eine ganze Reihe von Regelungen in diesem Gesetz – darüber haben wir im Rahmen der Haushaltsdebatte wiederholt diskutiert –, die faktisch zu einer Ausweitung der Zuwanderung führen. Es gibt keine echte Regelung gegen den Mißbrauch des Asylrechts. Der Anwerbestopp wird aufgehoben.

(Dr. Hahnzog (SPD): Wollen Sie die Gerichte abschaffen?)

Meine Damen und Herren, zur Rolle der Wirtschaft in diesem Zusammenhang: Wir wissen, dass insbesondere eine zunehmende Zuwanderung von Spezialkräften notwendig ist. Das hat der Ministerpräsident in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht. Aber ebenso deutlich sagen wir: Die Verantwortung für die Entwicklung im Land und insbesondere dafür, inwieweit Integration gelingt oder nicht gelingt und welche gesellschaftlichen Folgen mit Zuwanderung verbunden sind, trägt und übernimmt nicht die Wirtschaft. Deswegen können die Maßstäbe der Wirtschaft nicht unsere Maßstäbe sein. Wir haben unsere eigene und besondere Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Das sage ich auch deutlich an die Adresse der Kirchen. Ich sage es ohne Polemik, aber ich stelle es fest, dass das Kirchenvolk näher bei unserer Position ist als bei jener der Kirchenleitungen.

(Beifall bei der CSU)

Manche differenzierte Argumentation wäre in diesem Bereich hilfreich.

(Dr. Hahnzog (SPD): „Differenziert“ – Sie haben doch Holzhammermethoden!)

Meine Damen und Herren, ich kann in allen Diskussionen nur feststellen, dass in den Beiträgen der SPD und der GRÜNEN zu dieser Frage die berechtigten Anliegen der Einheimischen nie eine Rolle spielen. Die Einheimischen erscheinen in der Debatte nicht.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie für eine Vorstellung von Einheimischen?)

Es geht immer um eine einseitige Positionierung zu durchaus nachvollziehbaren Interessensstandpunkten der Zuwanderer, die aber nicht der Maßstab für Entscheidungen zugunsten des Gemeinwohls sein können.

In keinem anderen Bundesland ist für die Integration so viel getan worden wie in Bayern. In keinem anderen Bundesland sind die Aufwendungen für Ausländerkinder an Schulen so hoch wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dies alles sind entscheidende Maßnahmen im Interesse des Gemeinwohls und der Zuwanderer. Eines wollen wir aber dabei festhalten: Integration ist keine einseitig zu erbringende Leistung der deutschen Bevölkerung. Leider hat ein erheblicher Teil der Zuwanderer, insbesondere derer, die über die Asylrechtsregelung kommen, kein Interesse an Integration in unser öffentliches und gesellschaftliches Leben. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CSU – Dr. Hahnzog (SPD): So viel Unkenntnis hätte ich Ihnen nicht zugetraut!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren von der SPD: Es hat sich in den letzten Monaten nichts daran geändert, dass es der SPD im Bund ziemlich egal ist, was Sie vertreten. Dementsprechend lustlos war auch der Auftritt des Kanzlers in Germering.

(Frau Biedefeld (SPD): Waren Sie auch da?- Ich habe Sie gar nicht gesehen!)

Wie wenig die Bundes-SPD Ihnen zutraut, zeigt sich auch daran, dass Herr Gabriel meint, der SPD in Bayern sagen zu müssen, dass man einen Untersuchungsausschuss beantragen sollte. Wenn Herr Maget ausdrücklich erklärt – Zitat aus der „tz“ – „Herr Gabriel ist ein Trottel.“, dann ist das ein erschreckendes Zeugnis für die Qualitäten der SPD einschließlich der Besetzung ihrer Führungsämter.

(Beifall bei der CSU)

Es ist gut, dass die Familienpolitik für alle Parteien ein wichtiges Thema geworden ist. Wir haben hier Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Ein Unterschied besteht beim familienpolitischen Leitbild. Frau Stahl vertritt die Auffassung, Familie ist dort, wo Kinder sind. Das entspricht nicht den Normen des Grundgesetzes und dem besonderen Schutz von Ehe und Familie. Ein Unterschied besteht auch insofern, als für uns Familienförderung seit Jahrzehnten ein wichtiges Thema ist. Die Familie war für uns schon wichtig in Zeiten, in denen Sie mit Familie und Familienpolitik nichts anfangen konnten, weil es Ihrer Vorstellung von der Emanzipation der Frau widersprochen hat. Wir haben damals in heftigen Auseinandersetzungen, etwa in der Rechtspolitik, aber auch in Fragen der Steuerpolitik gegen Ihren starken Widerstand entscheidende Weichen gestellt, damit familiäre Strukturen unterstützt werden. Deswegen haben wir hier keinen Nachholbedarf.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie denn in 16 Jahren gemacht?)

Wir haben das Thema Familie nicht erst in Wahlkampfzeiten entdeckt. Wir sagen offen, dass sich mit gesellschaftlichen Veränderungen auch die Familienpolitik weiterentwickeln muss.

Zu den Unterschieden zählt auch, dass SPD und GRÜNE einseitig auf die Verbindung von Beruf und Familie und vor allem von Beruf und Mutterrolle fixiert sind. Zwar ist es Lebenswirklichkeit, dass die Frage für viele junge Menschen und vor allem junge Frauen wich-

tig ist, wobei viele Frauen deutlich differenzieren zwischen der Phase der ersten drei Lebensjahre der Kinder und der folgenden Zeit. Tatsache ist aber, dass die Entscheidungen der jungen Menschen und insbesondere der jungen Frauen nach wie vor unterschiedlich ausfallen. Deshalb wäre es grundfalsch, einen Weg zum allgemeinen Weg für staatliche Unterstützung zu erklären.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb unterstreiche ich ausdrücklich: Wir brauchen eine Regelung, welche die Wahlfreiheit gewährleistet. Die Wahlfreiheit steht nicht im Widerspruch zum Wunsch, Beruf und Familie zu verbinden. Es muss aber auch ein Fördersystem des Staates existieren, das die jungen Eltern, die sich dafür entscheiden, dass ein Partner – in der Lebenswirklichkeit in der Regel die Frau – in einer bestimmten Lebensphase, die eine besonders sensible Entwicklungsphase der Kinder ist, daheim bleibt, nicht schlechter stellt als diejenigen, die Familie und Berufstätigkeit verbinden wollen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie mir erzählen, was junge Frauen wollen?)

Deshalb ist der Ansatz, ein Familiengeld zu zahlen, richtig. Im Übrigen kann damit rund einer Million Kinder – ich erinnere an die Diskussion von gestern – ein Leben von der Sozialhilfe erspart werden. Deswegen bleiben wir bei dieser Linie. Wir sollten aber in der familienpolitischen Diskussion nicht stehen bleiben bei zentralen Problemen, die wir mit noch mehr Geld und noch besserer Struktur nicht verändern können.

Das ist für die Politik immer eine heikle Angelegenheit, weil man sehr schnell in den Ruf kommt, man wolle moralisieren oder in die Lebensentscheidungen der Menschen eingreifen beziehungsweise unterschiedliche Positionen bewerten.

Allein mit dem Einsatz von mehr Geld für Betreuung und Förderung oder der Zahlung von Familiengeld können wir zentrale Probleme und verhängnisvolle Entwicklungstrends nicht verändern. Wir müssen uns in dieser Debatte ehrlich mit den Entwicklungen auseinandersetzen; sonst greifen unsere finanziellen Anstrengungen zu kurz. 25% der Schulanfänger haben eine Sprachunterentwicklung. Das deutet auf elementare Defizite in der Familie hin. Die Reaktion auf die Tatsache, dass wir immer mehr verhaltensauffällige Kinder haben, kann nicht sein, dass wir noch mehr Spezialkräfte und Kinderbetreuung fordern. Wir brauchen das zwar jetzt, weil es die Lebensrealität ist. Wir müssen aber über die Ursachen diskutieren, und wir müssen die Eltern mit in die Verantwortung nehmen, sonst kommen wir über eine Reparaturmentalität nicht hinaus, und Politik würde zu einer Alibiveranstaltung.

(Beifall bei der CSU)

Die gegenwärtige Einstellung gegenüber Familien mit mehreren Kindern zeigt das erschreckende Beispiel eines Plakates, das heute auch in Münchener Boule-

vardzeitungen abgedruckt ist. Ich habe mein Demonstrationsobjekt leider an meinem Platz liegen lassen, außerdem dürfte ich es nach der Geschäftsordnung hier ohnehin nicht zeigen.

(Der Redner zeigt ein Plakat, das ihm von Abg. Dr. Bernhard (CSU) gereicht wird.)

Eine Tankstellenkette wirbt mit diesem Plakat, auf dem eine sechsköpfige Familie dargestellt wird. Der Slogan lautet: „Günstiger tanken, Geld für Kondome haben“.

(Zuruf von der SPD: Wird der nicht gerügt? – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gilt nur für die SPD und die GRÜNEN!)

– Ich ordne das überhaupt nicht parteipolitisch zu, so primitiv mögen Sie vielleicht denken.

(Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was ist das für eine Welt, in der eine Werbeagentur überhaupt auf die Idee kommt, in Deutschland so zu werben? – Wenn hier ein Klima herrscht, dass Familien mit drei, vier, fünf oder sechs Kindern als asozial bezeichnet werden, Eltern als dumm hingestellt werden und man auf deren Kosten versucht, in Deutschland Werbung zu machen, dann können wir die Schäden auch mit noch so viel Geld – sei es das Familiengeld oder Geld für Kinderbetreuungseinrichtungen – nicht reparieren. Das ist ein zentrales Problem der gesellschaftlichen Entwicklung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir müssen diese Dinge in der öffentlichen Debatte thematisieren, sonst werden unsere Anstrengungen ins Leere laufen.

Meine These lautet: Wir werden einen wirklichen Durchbruch zugunsten der Familien in Deutschland mit der Wirkung, dass sich wieder mehr junge Menschen in der Lage sehen, Ja zu Kindern zu sagen, nur erreichen, wenn es uns gelingt, die Anliegen der Kinder und Familien so selbstverständlich zu behandeln wie heute den Umweltschutz.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das war eine Entwicklung über mehrere Jahrzehnte hinweg. Wenn wir in der Politik heute über ein Projekt diskutieren, egal, ob in der Kommunalpolitik oder wo auch immer, dann wird zuerst gefragt, ob es umweltverträglich ist, lange bevor ein förmliches Verfahren beginnt. Wenn es uns gelingt, ein Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu schaffen, das dazu führt, dass bei den unterschiedlichsten Vorhaben gefragt wird, ob diese kinderverträglich und familienfreundlich sind, dann schaffen wir in Deutschland den Durchbruch für Kinder und Familien, den wir brauchen. Daran müssen wir arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb haben wir in unserem Kommunalwahlkampf die familienfreundliche Kommunalpolitik zu einem wesentlichen Thema gemacht. Ich füge aber hinzu: Wir müssen das in der Kommunalpolitik auch umsetzen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine gute Idee!)

Wir müssen das bei allen Entscheidungen, die wir treffen, bedenken.

Ich will das am Beispiel der Aufstellung eines Bebauungsplanes deutlich machen. Das ist eine der traditionellen Aufgaben der Kommunalpolitik. Mit der Aufstellung eines Bebauungsplans wird entschieden, welche Art von Wohnungen angeboten wird und ob den Bedürfnissen von Kindern und Familien Rechnung getragen wird. Damit wird entschieden, ob ein angemessenes Lebensumfeld für Kinder und Familien geschaffen wird oder nur Parkplätze und Bäume ausgewiesen werden.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Wer weigert sich denn dauernd?)

– Mein Gott, haben Sie billige Reflexe. Ich mache hier überhaupt keine parteipolitische Zuschreibung. Wir haben es hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun. Wenn Sie nicht in der Lage sind, über Ihre Parteischablonen hinaus zu denken, dann ist Ihnen nicht zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

Eines muss ich noch sagen zur angeblich so kinderfreundlichen Politik der jetzigen Bundesregierung: Die Erhöhung des Kindergeldes kostet insgesamt rund 3,8 Milliarden €. Die Streichung bisheriger Familienleistungen in der Gegenrechnung macht 1,5 Milliarden € aus. Die Erhöhung des Kindergeldes wird also zu 40% von den Familien selbst finanziert. Dazu kommen eine Menge zusätzlicher Belastungen.

„Focus“ hat in einem Artikel „Kampf um die Familie“ Herrn Borchert zitiert, einen der großen Kämpfer für die Familie. Ich zitiere aus diesem Artikel:

Auch der bisherigen Politik der rot-grünen Regierung stellt Borchert, der die wesentlichen Familienurteile vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten hat, ein schlechtes Zeugnis aus. Noch nie zuvor in der fast 20-jährigen Dokumentation des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg ist die relative Einkommensposition von Familien so stark abgefallen wie seit 1998.

(Dr. Bernhard (CSU): Hört, hört!)

Das ist die Realität dieser so hoch gepriesenen Politik. Ich will jetzt nicht näher auf die Realitäten in den SPD-regierten Bundesländern eingehen.

In den letzten Wochen wurde über Kinderarmut in der Stadt München geklagt. Gleichzeitig muss man sich vor

Augen halten, wie viele luxuriöse Verkehrsberuhigungsprojekte die Stadt München finanziert. Angesichts dessen glaube ich: Bei der rot-grünen Politik in der Landeshauptstadt München werden falsche Prioritäten gesetzt.

(Frau Biedefeld (SPD): ... zeigen doch genau das Gegenteil auf!)

Zur Schul- und Bildungspolitik: Mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit nenne ich nur Stichworte. Wir nehmen die Pisa-Studie ernst, und wir haben auch schon die Tims-Studie ernst genommen und Konsequenzen daraus gezogen. Wir stehen nicht erst am Anfang einer notwendigen Veränderung. Wir haben die Weiterentwicklung der Lehrpläne in die Wege geleitet: 30% mehr Freiraum für Wiederholen, Üben und das Setzen eigener Akzente. Es ist weit mehr Freiraum an der Schule vorhanden, als die meisten glauben oder glauben wollen.

Reform der Lehrerbildung, jahrgangsübergreifende Eingangsstufen: Angesprochen ist der gesamte Bereich der inneren Schulreform in unserem Antragspaket zur Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen.

Das alles sind Weichenstellungen, die auch vor dem Hintergrund bisher vorliegenden Erkenntnisse der Pisa-Studie richtig sind. Ich bin überzeugt, wenn wir auf der Basis dieser Maßnahmen die Pisa-Studie fünf Jahre später gehabt hätten, dann hätten wir eine deutliche Wirkung zum Besseren erkennen können.

Die durch die Pisa-Studie offenbarten Defizite haben ihre Ursache zu maximal 50% in der Schule und zu wahrscheinlich mehr als 50% im gesellschaftlichen Umfeld.

Ich will das nur an einem Beispiel verdeutlichen. Eine Gymnasiallehrerin sagte neulich in der Diskussion: Ich traue mich im Gegensatz zu früher nicht mehr, gute Schüler vor der Klasse herauszustellen, denn sie werden anschließend von der Mehrheit der Klasse gemobbt. Ein gesamtgesellschaftliches Klima dieser Art – diese Kinder stellen nur ein Spiegelbild der Erwachsenenwelt dar – wird Geld alleine nicht ändern.

Wir haben in der Fraktion eine Arbeitsgruppe gebildet, die politische Themen sehr gründlich auswertet, und dies nicht nach dem Motto: In Bayern ist die Welt sowieso heil.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heiler!)

Wir sehen ganz genau hin. Wir werden uns auch im europäischen Ausland umsehen. Es ist aber nicht sinnvoll, das europäische Ausland oder andere Länder einfach nachzuahmen. Wir müssen uns eine eigene Position erarbeiten. Die Kernfrage dabei ist: Was verstehen wir unter Bildung? Wir verstehen Bildung im Sinne einer ganzheitlichen Bildung, und dazu gehört selbstverständlich auch der Aspekt der Erziehung. In Bayern wurde diesbezüglich viel auf den Weg gebracht. Ich lade Sie ein, über diese Dinge intensiv zu diskutieren. Wir brauchen noch mehr und besseres Wissen. Im Ländervergleich können wir aber bereits heute sagen, trotz aller Mängel, die es auch in unserem Schulwesen gibt: Das

bayerische Schulwesen gilt in ganz Deutschland als Spitze. Daran ändern auch alle Mäkeleien der Opposition nichts.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, nun noch ein kurzes Wort zur Gesundheitspolitik. Wir haben steigende Kosten und reden über die Finanzierbarkeit. Gleichzeitig haben wir, was erfreulich ist, eine längere Lebenserwartung. Ich fürchte aber, wir steuern auf einen doppelten Crash zu. Da ist zum ersten das Problem, wie sich ein gutes Gesundheitswesen weiter finanzieren lässt und welche Maßnahmen dafür notwendig sind. Auch da wird die Bundesregierung von ihrem Verhalten eingeholt, womit sie im Bundestagswahlkampf 1998 Stimmen holte nach dem Motto: Was Seehofer vorschlägt, ist alles unsozial. Jetzt können wir ein krasses Versagen der Bundesregierung auf diesem Feld verzeichnen. Ich füge aber auch hinzu, dass wir, wenn wir im September wieder in der Bundesverantwortung sind, eines der schwierigsten Kapitel der Politik vor uns haben werden, wenn wir ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem in Deutschland strukturieren wollen.

Zum zweiten stehen wir vor der Schwierigkeit, dass das Gesundheitsproblem nur unter Mitarbeit der Bevölkerung zu lösen ist. Die Entwicklung der Volksgesundheit zeigt beängstigende Entwicklungen. Denken Sie an Berichte, wie sich heutzutage die Gesundheit der Kinder in den Schulen darstellt. Einfachste Koordinationsbewegungen sind nicht mehr vertraut, beispielsweise Ball spielen, rückwärts gehen und Ähnliches mehr.

Meine Damen und Herren, am letzten Sonntag habe ich bei einer Tagung des Deutschen Skiverbandes Zahlen gehört, die mich fast wie ein Alptraum verfolgen. Ganz allgemein halte ich die Fitnesswelle in Deutschland unter dem Aspekt der Volksgesundheit für etwas Positives. Ein Sportmediziner hat bei dieser Tagung aber dargelegt, dass das Bundeskriminalamt davon ausgeht, dass über die Fitnesswelle, die Fitnessstudios und den ganzen Körperkult, der damit verbunden ist, in Deutschland heute mehr Dopingmittel verbreitet werden als beim Drogenhandel. Das ist doch eine dramatische Perspektive. Es ist auch die dramatische Perspektive einer Fehlentwicklung im Gesundheitswesen.

Vor diesem Hintergrund führen wir doch eine regelrechte Geisterdiskussion im Hinblick auf die Ernährung. Selbstverständlich hat der Staat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Nahrungsmittel unbedenklich genossen werden können. Rund 30% der Kosten im Gesundheitswesen gehen aber auf falsche Ernährung zurück. Nach den Zahlen von 1990 – neuere liegen mir leider nicht vor – waren das 83,5 Milliarden DM. 30%! Hingegen wurden nur 1,3 Milliarden DM aufgrund von Defiziten bei den Nahrungsmitteln ausgegeben. Deshalb ist ein ganzheitlicher Ansatz in der Gesundheitspolitik dringlich. Wir haben in dieser Legislaturperiode entsprechend gehandelt und das Programm „Bayern aktiv“ gestartet.

Meine Damen und Herren, zu den wichtigen Aufgaben der Zukunft wird auch die europäische Entwicklung zählen, wovon heute noch nicht die Rede war. In den letzten

drei Jahren wurde die Debatte von der Erweiterung der Europäischen Union geprägt. Nun haben wir mit dem Verfassungskonvent eine in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Weichenstellung vor uns. Wir werden uns damit noch mehr auseinandersetzen müssen.

In der Bilanz der Jahre 1998 bis 2002 zeigen sich einige Entwicklungen, die mich tief beunruhigten. So ist es erschreckend, wie stark Modemeinungen, auch in der Wissenschaft und der Wirtschaft, die öffentliche Meinung bestimmen. Das gilt etwa für die gravierenden Fehleinschätzungen hinsichtlich des Aktienmarktes. Die ganze Zunft der Ökonomen, die uns Politiker so gern darüber belehrt, was ökonomische Vernunft ist, ist in einem kollektiven Wahn in die falsche Richtung gerannt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hatten Sie doch glänzende Augen!)

Über Jahre hinweg haben wir das Dogma „Uns geht die Arbeit aus“ diskutiert. Die Tarifpolitik, die Lebensarbeitszeitverkürzung und all diese Themen, die ungeheure Folgen haben, wurden falsch eingeschätzt. Überlegen Sie mal, was für ungeheure Auswirkungen das haben wird. Wir werden es im Haushalt spüren. Das gilt gerade auch für die Entwicklung in der Altersteilzeit. „Uns geht die Arbeit aus“ war ein Dogma, und deshalb hat man versucht, die älteren Menschen aus der Arbeit herauszubringen, damit die jüngeren eine Anstellung finden. Jetzt aber diskutieren wir darüber, dass in vielen Bereichen die Arbeitskräfte ausgehen. Das sind keine Themen, die die Politik erfunden hat. Aber solche Modemeinungen werden handlungsbestimmend, und das beunruhigt mich zutiefst.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer spricht von „Zukunftstechnologien?“)

In den letzten Monaten haben wir die Verletzlichkeit der modernen Zivilisation erlebt. Wie sehr wir alle beunruhigt sind, zeigt, dass gestern, als ein Flugzeug in Mailand in ein Hochhaus raste, jeder Angst davor hatte, dass es sich dabei schon um den nächsten Terrorakt handelt. Was mich auch tief beunruhigt, ist die Tatsache, dass Themen, die uns nicht passen, kollektiv verdrängt werden. Das gilt beispielsweise für die Folgen der demografischen Entwicklung.

Lassen Sie mich nun – ich lasse das Übrige weg – zu einigen Schlussbemerkungen kommen. Vor allem die Opposition hat in das Zentrum dieser Debatte die Rolle unseres Ministerpräsidenten für die Entwicklung in der Politik gestellt. Dazu, meine Damen und Herren, will ich ganz nüchtern Folgendes feststellen: Edmund Stoiber war und ist ein Pionier, ein Wegbereiter, eine Lokomotive für notwendige Veränderungen. Er ist ein Mann, der für eine zukunftsorientierte Politik steht. Ich will Ihnen dies an verschiedenen Beispielen und in einer nüchternen Aufzählung deutlich machen.

Edmund Stoiber hat eine Sicherheitspolitik, die heute allgemein als notwendig erachtet wird, bereits in seiner Zeit als Innenminister vertreten.

(Beifall bei der CSU)

Dafür hat er viel Prügel bekommen. Ministerpräsident Stoiber war auch bundesweit ein Vorreiter, als es darum ging, die Bedeutung neuer Entwicklungen, zum Beispiel in der Informationstechnologie oder der Biotechnologie, zu erkennen. Mit den Programmen „Zukunftsoffensive Bayern“ und „Hightech-Offensive Bayern“ wurde diese Erkenntnis in konkrete Politik umgesetzt.

Edmund Stoiber ist seit vielen Jahren ein Anwalt der Familien und der Familienpolitik, und hat dieses Thema nicht erst in Wahlkampfzeiten entdeckt wie Herr Schröder.

(Beifall bei der CSU)

Edmund Stoiber ist im Kreis der führenden Politiker der erste in Deutschland gewesen, der immer wieder auf die Folgen der demografischen Entwicklung in Deutschland hingewiesen hat. Dafür ist er lange Zeit geprügelt worden. Heute ist das ein allgemeines Thema.

(Beifall bei der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das sein Geburtstag oder schon sein Nachruf?)

Ministerpräsident Stoiber hat das Thema Nachhaltigkeit ganz konkret in seine Politik aufgenommen, und dies in einer Weise, die auch bei uns zunächst heiß diskutiert wurde. Er hat etwas vorangetrieben, was es in keinem anderen deutschen Parlament gibt: die rechtliche Festlegung, dass wir im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt haben.

Gleichzeitig ist Edmund Stoiber mit seiner Politik ein Förderer der Kultur und, wie wir beim Einsatz der Privatisierungserlöse feststellen können, nicht nur für die großen Museen, sondern für flächenweite Programme. Ich halte es für wichtig, dies allgemein bewusst zu machen, weil versucht wird, ihn so darzustellen, als hätte er dazu keinen Zugang.

Meinen Damen und Herren, Edmund Stoiber war der Wegbereiter einer Europadiskussion, deren Forderungen heute allgemeiner Standard sind, wofür er aber jahrelang geprügelt worden ist. Ich spreche von der Diskussion über ein föderalistisches Europa.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt ist dies plötzlich Allgemeingut. Er steht für eine Politik, bei der Wirtschaft und soziale Kompetenz miteinander verbunden sind, und er steht für eine Politik, die heimatverbunden und weltoffen ist.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viel Lob!)

– Bei diesen Themen und Fakten kann man, Herr Dr. Dürr, feststellen, dass Wort und Tat miteinander übereinstimmen.

(Beifall bei der CSU)

Edmund Stoiber war in der Zeit als Ministerpräsident die Lokomotive für die außergewöhnliche Entwicklung Bay-

erns, und deshalb ist er auch die beste Lokomotive für einen guten Weg Deutschlands in die weitere Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Ich möchte den Mitgliedern des Hohen Hauses in Erinnerung rufen, dass es nicht gestattet ist, bei Reden Hilfsmittel zu verwenden. Wir müssten sonst unterbrechen und eine Sitzung des Ältestenrats einberufen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache und bitte den Ministerpräsidenten zu einer zusammenfassenden Stellungnahme.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zwei Anmerkungen. Ich möchte mit den Worten von Herbert Wehner beginnen, der gesagt hat, die Ausführungen der Regierungsparteien – damals war er in der Opposition – machten ihn schmunzeln. Ehrlich gesagt, ich bin über die Naivität mancher Beiträge außerordentlich erstaunt. Wer glaubt, der bayerische Ministerpräsident benutze den Bayerischen Landtag, um in Sachsen-Anhalt oder in Deutschland Wirkung zu erzielen, verkennet bei aller Größe des Bayerischen Landtags die Wirkungen der Diskussionen in diesem Hause.

(Beifall bei der CSU)

Wer glaubt, dass die sachsen-anhaltinischen Bürgerinnen und Bürger mit erregter Gespanntheit dieser Debatte folgen, um dann ihre Wahlentscheidung zu treffen, macht sich in der Diskussion ein wenig lächerlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen, dass ich den Vorwurf, ich wäre als bayerischer Ministerpräsident zu wenig im Landtag, zurückweisen muss.

(Frau Biedefeld (SPD): Das ist aber so!)

Ich schaue mal in die Reihen der Opposition. Während der Ministerpräsident und der Sprecher der Mehrheitsfraktion reden, ist keiner der Führung der SPD und sind die meisten Abgeordneten nicht da.

(Zurufe der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD) und der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Ich halte es für einen schlechten Stil, dem anderen dann vorzuwerfen, er wäre zu wenig im Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten also etwas vorsichtiger sein.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

– Begründungen gibt es immer, die habe ich auch zuhause, warum ich für diesen oder jenen Termin keine Zeit habe.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie halten es nicht für notwendig, sich zu entschuldigen!)

– Das ist aber nicht das Wesentliche. Ich sage nur: Wer Vorwürfe erhebt, muss erst einmal etwas vorlegen.

(Beifall bei der CSU)

Sie tun mir in gewisser Weise Leid,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

weil Sie anscheinend unter irrsinnig hohem Druck stehen, sich immer am Kanzlerkandidaten orientieren zu müssen und nicht an bayerischen Interessen. Ich sage mal – –

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Da überschätzen Sie sich aber sehr!)

– Wissen Sie, mich rührt das relativ wenig.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das scheint aber schon so!)

Bei der Auseinandersetzung über die großen Themen bin ich jederzeit in der Lage, das richtige Podium und die richtige Bühne zu haben. Hier ging es in erster Linie um die Standortbestimmung Bayerns im April des Jahres 2002. Ich bin dem Kollegen Glück außerordentlich dankbar, der auf eine ganze Reihe wichtiger Probleme eingegangen ist und der vor allen Dingen eine ganze Reihe der Einwendungen der Opposition zurechtgerückt hat. Deshalb brauche ich mich darüber nicht weiter auszulassen.

Bayern hat bestimmte Kompetenzen: Was ist eigentlich die Attraktivität unseres Standorts? Was können wir in München und diesem Hause mitbestimmen? – Wir können mitbestimmen, dass wir ein attraktiver Bildungsstandort sind. Das sind wir ohne Zweifel. Wir können mitbestimmen – hier haben wir die Zuständigkeit –, dass wir ein attraktiver Standort für die innere Sicherheit in diesem Lande sind. Hier haben wir eine ganze Menge aufzuweisen, und wir stehen sehr gut dar. Wir können mit unseren landespolitisch schmalen Möglichkeiten ein positives Wirtschaftsklima mitbewirken, das gerade auch für unseren Mittelstand wichtig ist. Wir können unsere Aufgeschlossenheit für wirtschaftliche Innovationen deutlich machen und Risiken unterstützen und nicht sofort neue Schritte abwehren. Wir sind aufgeschlossen für neue Entwicklungen. Alois Glück hat das gerade dargestellt.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Meine Damen und Herren, was machen wir denn für die regionale Ausgewogenheit? – Dazu muss ich deutlich sagen, dass es für die regionale Ausgewogenheit mehrere Zuständigkeiten gibt. Was tut denn eigentlich der Bundesraumordnungsminister? Was tut denn die Bundesregierung zur Unterstützung unserer Möglichkeiten, die Ausgewogenheit in diesem Lande, in Bayern und

darüber hinaus herzustellen? – Dafür ist nicht allein das Land zuständig, sondern dafür ist auch der Bund zuständig.

(Frau Biedefeld (SPD): Bildungspolitik ist Landespolitik!)

Wir bekommen dafür keinerlei Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Es ist in der Tat lächerlich. Schauen Sie sich an, meine Damen und Herren, wie sich in der Regierungszeit Ihres Kanzlers Ost und West auseinanderentwickelt haben. Das ist gravierend. Sie versuchen immer wieder, Poptanze aufzubauen mit dem Länderfinanzausgleich oder dem Risikostrukturausgleich und vielem anderen mehr. Die Verantwortung Ihrer Regierung liegt aber darin, dass die Schere zwischen den alten und den neuen Ländern nicht mehr zusammengeführt wird, sondern weiter auseinandergeht.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wer war das denn?)

Wir haben in den alten Ländern Zuwächse und in den neuen Ländern Minuswachstum. Das heißt, die Situation hat sich massiv verschlechtert.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie haben ein schlechtes Gedächtnis!)

Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, dass sich das nicht weiter verschlechtert, sondern dass sich das verbessert.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden es am Sonntag erleben, dass Bayern auch in den neuen Ländern ganz enorme Attraktivität hat. Sie werden mit Ihren Mäkeleien dort doch gar nicht wahrgenommen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Sie aber auch nicht!)

Wahrgenommen wird, dass Bayern ein Wachstumsmotor der Wirtschaft in Deutschland ist.

Wahrgenommen wurde auch, dass der Bayerische Wirtschaftsminister mit Unternehmern aus Bayern in Sachsen-Anhalt war und versucht hat, zu helfen und einzuwirken, damit die wirtschaftliche Entwicklung dort mit unternehmerischen Kräften nach vorne gebracht wird.

Meine Damen, meine Herren, was können wir in Bayern nicht tun?

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fehler zugeben!)

Der frühere Ministerpräsident des Landes Niedersachsen hat etwa im September des Jahres 1997 auf die Frage eines Spiegel-Reporters, warum Niedersachsen schlechter stehe als andere Länder, gesagt: Erlauben

Sie einmal bitte, aber mit den Mitteln der Landespolitik ohne Gestaltungszugriff auf die makroökonomischen Bedingungen muss ich mich aufs Kurieren der Symptome beschränken. Das war eine wörtliche Aussage, die vor etwa fünf Jahren getroffen wurde.

Ein Vergleich mit anderen Ländern, vor allem mit Niedersachsen, wäre ein Thema für sich. Sie sind im Vergleich nicht nach vorne gekommen, sondern gegenüber uns weiter zurückgefallen. Die makroökonomischen Bedingungen haben sich doch insgesamt verschlechtert. Wir haben heute das niedrigste Wirtschaftswachstum, die heutige Steuerpolitik benachteiligt ganz eindeutig den Mittelstand, und unser Arbeitsmarkt wird außerordentlich eng reguliert. Alles das wird uns von internationalen Organisationen auch immer wieder vorgeworfen.

Das muss geändert werden. Geändert werden müssen auch viele Entscheidungsabläufe. Damit meine ich nicht Bayern, sondern Deutschland. Wir sind bei komplizierten Entscheidungsabläufen nicht mehr europakompatibel. Deshalb fallen wir bei manchen Entscheidungsabläufen

auch Stück für Stück zurück. Das muss geändert werden. Das kann aber nicht der Bayerische Landtag ändern, sondern nur Berlin. Darum ist es heute in erster Linie aber gar nicht gegangen. In erster Linie ist es heute darum gegangen, wie es in Bayern aussieht und was wir mit unseren Anstrengungen erreicht haben. Sie haben deutlich gemacht, dass Sie das gar nicht interessiert, weil Sie meinen, sich nur mit dem Kanzlerkandidaten auseinandersetzen zu müssen. Mit Verlaub: Dafür gibt es Kompetentere als Sie. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Der Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Schluss: 13.03 Uhr)

